

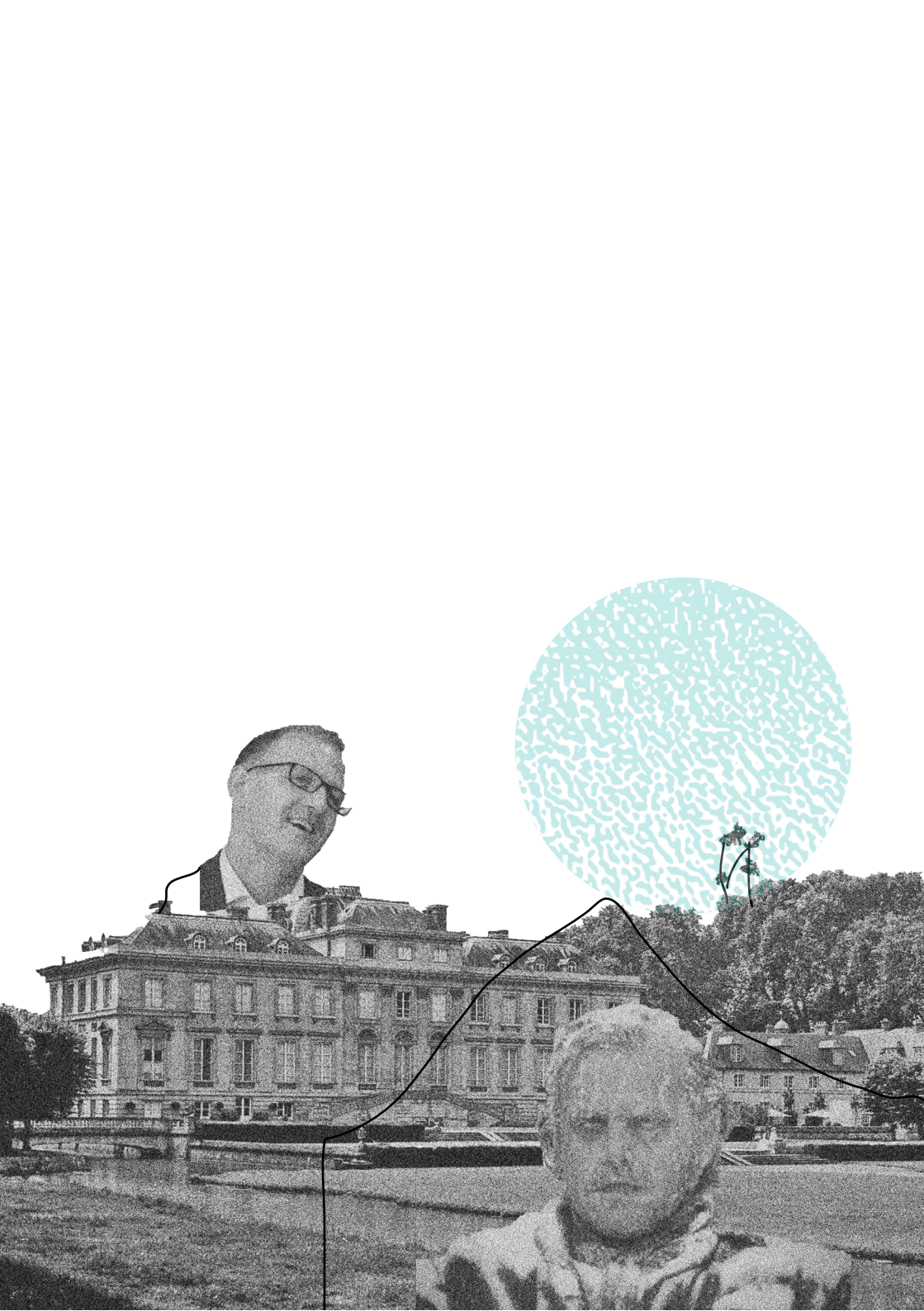
Ein fossiler Energiegigant:

Wie Daniel Křetínskýs Unternehmen EPH
das Klima zerstört, von Energiearmut
profitiert und die Demokratie gefährdet



re → set

GRÜNE Netzwerk
LIGA Ökologischer
Bewegungen



Inhalt

Vorwort	2
Das Geschäft der EPH mit dem Kohleausstieg in Ostdeutschland: Wer zahlt die Zeche?	3
Spekulationsobjekt Ausstiegsentschädigungen	3
Undurchsichtige Neuaufstellung der EPH in den Ostrevieren	4
Luftschloss Unternehmensenergiegewende	5
Achillesferse Ewigkeitskosten	7
Fazit	9
Zusammenfassung: EPH = eine Gefahr für die Zukunft Tschechiens, Europas und der Welt	10
Kohlebaron Křetínský und sein fossiles Imperium	11
Gas-Abhängigkeit und Energiearmut: EPH in einer Schlüsselrolle	16
Putins Mann: Wie uns Křetínskýs Deals nach Osten ziehen	18
Systemische Korruption: Zweifelhafte Abkommen mit Regierungen	19
Ein zweiter Babiš: Křetínskýs Medienimperium bedroht die Pressefreiheit	20
Křetínskýs „Biomassaker“: EPH verheizt Wälder weltweit	23
Umweltschädliche Abfallwirtschaft: Křetínskýs Deponien und Müllverbrennungsanlagen	25
Vom Kohle- zum Solarbaron: Transformation für die Menschheit oder im Interesse der Unternehmen?	25
Wer zahlt? Finanzinstitute halten dem Fossilkapital die Stange	26
EPH bekommt Unterstützung von Banken ...	28
... und von Versicherungen	29
EPH muss Einhalt geboten werden	30
Europäische Maßnahmen	30
Nationale Maßnahmen	31
Schluss: Firmen wie EPH müssen in die Schranken verwiesen werden	34

Vorwort des Herausgebers

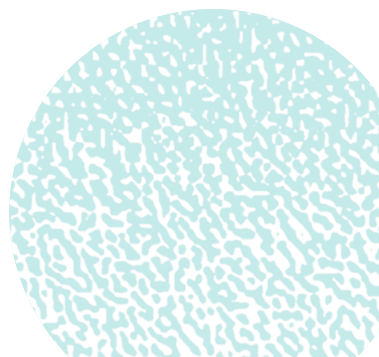
Als die tschechische Plattform re-set Ende des Jahres 2022 ihre vernichtende Bilanz zur Konzernstrategie von EPH in englischer und tschechischer Sprache veröffentlichte, nahm das in Deutschland nur ein kleiner Kreis interessierter wahr. Dabei hat der Bericht mehr Aufmerksamkeit verdient: In Gestalt von LEAG oder EPNE mischt der Konzern in Deutschland nicht nur energiewirtschaftlich mit, er nimmt auch Einfluss auf die Politik und versucht nicht zuletzt umfangreiche öffentliche Gelder für seine neuen Geschäftsfelder zu erhalten. Welches Geflecht hinter der LEAG steht, sollte dabei allen Entscheidungsträgern klar sein, ist es aber längst noch nicht.

Wir haben uns deshalb entschlossen eine deutschsprachige Fassung des re-set-Berichtes zu veröffentlichen. Darüber hinaus konnten wir mit dem Klimajournalisten Jörg Staude einen profunden Kenner der Materie dafür gewinnen, eine Einordnung speziell zu den Aktivitäten des Unternehmens in Deutschland beizusteuern.

Wir danken re-set und beyond fossil fuels für die Unterstützung bei der Herausgabe.

René Schuster

GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus



Das Geschäft der EPH mit dem Kohleausstieg in Ostdeutschland: Wer zahlt die Zeche?

Spekulationsobjekt Ausstiegsentschädigungen

Im Januar 2019 legte die von der Großen Koalition eingesetzte Kohlekommission ihren Abschlussbericht vor. Das Entscheidende darin: In Deutschland soll bis spätestens 2038 – optional 2035 – Schluss mit der Stromerzeugung aus Kohle sein. Bis dato gerade im Osten gehagte politische und wirtschaftliche Hoffnungen, die Braunkohle könnte bis weit nach 2040 verstromt werden, hatten sich auf einen Schlag erledigt.

Der Ausstieg ist eine unabwendbare Folge internationaler Verpflichtungen. Deutschland hatte das Pariser Klimaabkommen von 2015 unterzeichnet und ratifiziert. Das Abkommen mit seinem Ziel, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, ist von Deutschland nur einem möglichst raschen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe zu erfüllen. Als emissionsintensivster Energieträger steht dabei die Verbrennung von Braunkohle besonders im Fokus.

Im Jahr 2016, ein Jahr nach Paris und vier Jahre vor Beschluss des Kohleausstiegs, kaufte die tschechische EPH (Energetický a průmyslový holding) zusammen mit dem Finanzpartner PPF dem schwedischen Staatskonzern Vattenfall das ostdeutsche Braunkohlegeschäft ab – relativ preiswert, denn die ohnehin wenig in den Konzern passende Kohle hing Vattenfall wie ein Klotz am Bein. Die damalige Geschäftsidee der EPH basierte im Wesentlichen

darauf, mit alten und meist abgeschriebenen Kraftwerken und Anlagen möglichst lange am so genannten „goldenen Ende“ Geld zu verdienen. Aufgrund der Ratifizierung des Klimaabkommens war zudem bereits beim Kauf ersichtlich, dass die Bundesregierung in Zukunft gezwungen sein würde, staatliche Eingriffe zur gesetzlichen Regelung des früheren Kohleausstiegs vorzunehmen, was bei der bestehenden Rechtslage mit hoher Sicherheit einen Anspruch auf Entschädigungszahlungen auslösen wird.

2017 aktualisierte die LEAG ihr Revierkonzept für die Lausitz. Es sah vor, in der Region rund 1,2 Milliarden Tonnen Braunkohle zu fördern. Diese Menge reichte, gab die LEAG damals an, um die Kraftwerke weitere 30 Jahre zu betreiben, also in Richtung Ende der 2040er Jahre. Dieses angeblich „neue“ Konzept ging allerdings von der Verbrennung nahezu der gleichen Kohlemenge aus, wie sie Vattenfall schon 2016 in einem Szenario für den Verkauf an EPH durchkalkuliert hatte.

Das Mitte 2020 beschlossene Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVVBG) schneidet, durch den auf 2038 vorgezogenen Ausstieg, ein ganzes Jahrzehnt des „goldenen Ende“ ab. Insider gehen davon aus, dass die LEAG die alten Vattenfall-Planungen in weiser Voraussicht bewusst so übernommen hat, um sich den erwartbaren früheren Ausstieg dann mit einer – später in einem öffentlich rechtlichen Vertrag der Bundesregierung zugesicherten - Entschädigung in Höhe von 1,75 Mi-

lliarde Euro für entgangene zukünftige Gewinne abkaufen zu lassen.

Die Geschäftsidee der EPH könnte rein unternehmerisch als Erfolg bezeichnet werden, wäre da nicht die noch andauernde beihilferechtliche Prüfung der EU-Kommission, welche die Zulässigkeit der Entschädigungszahlungen in Frage stellt.

Undurchsichtige Neuaufstellung der EPH in den Ostrevieren

Die schon im Kohlekompromiss angelegte und durch das Kohleausstiegsgesetz umgesetzte Entschädigung ist nicht der einzige unternehmensfreundliche Bestandteil des von den Braunkohle-Lobbyisten - zu verorten vor allem in der Brandenburger und Sächsischen Landesregierung und der Gewerkschaft IG BCE - für LEAG und MIBRAG ausgehandelten Ausstiegsplans. Im Kern können die meisten EPH-eigenen oder -mitbetriebenen Braunkohlekraftwerke im Osten bis Ende der 2020er Jahre ungestört weiterlaufen.

Real gehen bis Ende der 2020er Jahre vom LEAG-Kraftwerkspark nur zwei Blöcke am ältesten Standort Jänschwalde außer Betrieb. Diese beiden Blöcke wurden im Herbst 2022 wegen der Energiekrise aus ihrer „gestreckten“ Stilllegung herausgeholt. Bis März 2024 sollen sie am Netz bleiben. De facto ist somit bis heute kein einziger großer Braunkohle-Block im Osten stillgelegt.

Natürlich ist auch den EPH-Verantwortlichen bei aller Abwehr-Rhetorik völlig klar, dass die Tage des lukrativen Braunkohlegeschäfts absehbar gezählt sind – so wird im Januar 2019, als Ex-LEAG-Chef Rendez sich noch über den Ausstieg 2035 beklagt, eine Firma für Erneuerbare Energien namens Blitz B19-604 GmbH ins Leben gerufen. Die wird Ende März 2019 in EP

New Energies (EPNE) umbenannt. EPNE wird als „Kleinstkapitalgesellschaft“, wie es Unternehmensregister heißt, gegründet und mit einem Stammkapital von 25.000 Euro ausgestattet. Größere Geschäfte macht die EPNE 2019 nicht. Erst im August 2020 wird notariell beurkundet, dass die LEAG 20 Prozent der Anteile der EPNE hält, die anderen 80 Prozent hält die die EPPE Germany. EPPE wiederum ist eine hundertprozentige EPH-Tochter. Gemessen an der installierten Kapazität zur Stromerzeugung gehört EPPE zu den zehn größten europäischen Energieunternehmen.

Auch 2020 hat die von der EPPE dominierte EPNE noch kein nennenswertes Geschäft vorzuweisen. Der Umsatz liegt in dem Jahr bei erst 1,6 Millionen Euro. Ohne Kapital und wirkliche Erfahrungen bei erneuerbaren Energien wird die EPNE aber zum Hauptpartner von LEAG/MIBRAG bei der Umsetzung ihrer Grünstrom-Strategie im Osten erklärt. Drei Jahre nach ihrer Gründung 2023 behauptet die EPNE von sich, die größte Erneuerbare-Energien-Projektpipeline Deutschlands zu disponieren.

Die Neuorientierung kondensiert vor allem in der so genannten Gigawattfactory der LEAG, die im Herbst 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt wird. 7.000 Megawatt neue Kraftwerkskapazität sollen bis 2030 in der Lausitz geschaffen werden, zu zwei Dritteln Photovoltaik und zu einem Drittel Windkraft. Dafür will die LEAG 10 Milliarden Euro investieren – ob EPNE was dazu gibt, ist nicht bekannt. Die rechtliche Konstruktion der EPNE, an der die LEAG nur 20 Prozent hält, wirft aber die Frage auf, wem die Gigawattfactory am Ende wirklich gehören wird?

Luftschloss Unternehmensenergie- wende

Die vollmundig angekündigte klimaneutrale Zeitenwende der ostdeutschen EPH Unternehmergruppe - die Jahrzehnte nicht viel Anderes als Braunkohleverstromung und -veredlung gemacht hat und sich noch auf Jahre zum allergrößten Teil vom Geschäft mit der Braunkohle finanzieren muss - reduziert sich im Wesentlichen auf die Idee der GigawattFactory und den Neubau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken an Braunkohlestandorten. Ob hinter den Plänen wirklich mehr steckt, als ein öffentlich wirksam vermarktetes Greenwashingkonzept, wird die Zukunft zeigen. Der tatsächlichen Realisierung der Projekte stehen jedoch bereits aus heutiger Sicht einige kaum überwindbare Hürden im Wege:

Die Verbrennerkompetenz

Eine der Schwierigkeiten ist, dass LEAG wie MIBRAG im Kern reine Braunkohleförderer und -verstromer sind, ergänzt vor allem um so genannte Veredelungsprodukte wie Briquettes oder Staub sowie übliche Dienstleistungen, die sich im Umfeld von Braunkohleverstromung entwickeln und vermarkten lassen. In den Chefetagen bis zu den Beschäftigten selbst herrscht ein Glaube an die Überlegenheit und Nichtersetzbarkeit thermischer Kraftwerkskonzepte vor (Verfügbarkeit, Regelbarkeit). Das verhinderte lange Zeit eine ernsthafte Beschäftigung mit volatilen erneuerbaren Energien.

Erst im Januar 2020 nahm die LEAG einen ersten eigenen Solarpark in Betrieb, die 10-Megawatt-Photovoltaikanlage „Welzow III“ auf einem alten Flugplatz. Schon seit 2011 und 2012 betreibt aber der Projektierer Juwi an dem Standort auf von der LEAG offenbar gepachteten Flächen zwei Freiflächen-Solaranlagen. Acht Jahre und ein Kohleausstiegsgesetz später beginnt die LEAG, sich für Photovoltaik zu intere-

ssieren. Bei „Welzow III“ übernimmt Juwi Betrieb und Wartung nur für zehn Jahre, dann soll beides an die LEAG übergehen.

Besten Ausdruck der Verbrenner-Kompetenz der LEAG sind ihre beiden abfallwirtschaftlichen Projekten - die Energie- und Verwertungsanlage (EVA) Jänschwalde sowie die Klärschlammverbrennung in Boxberg (ohne energetische Erzeugung). Unter den Bedingungen der Klimaneutralität sind Verbrennungskonzepte wie die EVA Jänschwalde im Grunde nicht mehr zukunftsfähig. Die anfallenden Restemissionen müssen spätestens 2045 vollständig kompensiert oder gespeichert werden. Einen Emissionshandel im heutigen Sinne wird es unter den Bedingungen der Klimaneutralität nicht mehr geben. Beim Veolia-Konzern - Partner der LEAG beim EVA-Projekt - sorgten diese Überlegungen inzwischen dafür, dass der Konzern Anfang Mai 2023 aus dem Jänschwalder Projekt ausstieg.¹ Die LEAG will das Projekt dennoch bis 2027/2028 umsetzen und sucht derzeit händierend nach neuen Partnern.

Wasserstofffähige Gaskraftwerke

Für zukunftsfähig hält die LEAG ihre Verbrennerkompetenz vor allem für die bis 2030 geplanten so genannten Backup-Kapazitäten für ein volatiles Stromsystem. Dazu sollen nach den bisherigen Angaben bis zu 4.000 Megawatt wasserstofffähige Gaskraftwerke (H₂-ready-Kraftwerke) an bestehenden Kohlekraftwerksstandorten der LEAG errichtet werden.

Konkret soll seitens der LEAG bisher der Bau von drei solcher Kraftwerke beantragt worden sein. In welchem Stadium diese Anträge genau sind, ist unklar, weil die Bundesregierung diese Kraftwerke eigentlich bis Ende 2023 ausschreiben will. Zu den Voraussetzungen für die Projekte gehören vor allem auch der Anschluss an die Erdgastransport-Infrastruktur sowie

perspektivisch an ein Wasserstoffpipelinennetz sowie Markt- und Investitionsanreize und eine geeignete Förderkulisse, erklärt die LEAG.

Bei den H2-ready-Kraftwerken gibt es noch eine Vielzahl offener Fragen bezüglich Auslastung sowie Art und Weise der Finanzierung. So geht die LEAG offenbar von einer Auslastung der Anlagen aus, wie diese heute mindestens bei Erdgaskraftwerken gegeben ist. Nur so sei eine Refinanzierung bei üblichen Strompreisen zu sichern. Das Wirtschaftsministerium will die H2-ready-Kraftwerke dagegen lediglich als Back-up einsetzen, wenn dies zur Stabilisierung des Netzes nötig ist und die Strompreise entsprechend hoch sind.

Des Weiteren ist aufgrund des Klimawandels und des Wasserbedarfs für die Tagebau-Folgelandschaften unsicher, ob es in der Region genügend Wasser für eine H2-Produktion in großem Maßstab geben wird. Experten gehen deshalb davon aus, dass der grüne Wasserstoff für die Lausitz größtenteils in die Region importiert werden muss. EPH/LEAG verfügen hier derzeit wie auch künftig aber nicht über ein eigenes Pipeline-Netz für Gas oder Wasserstoff. Eigner der Ferngasnetze ist die Gasnetzgesellschaft ONTRAS, die ihrerseits im Mehrheitsbesitz der EnBW ist.

Das Verhältnis von EPH zur EnBW gilt als schwierig. EnBW will bekanntlich einen großen Block im Braunkohlekraftwerk Lippendorf, bei dem die LEAG die Betriebsführung hat, schon 2028 stilllegen.

Es ist fraglich, ob EnBW ein Interesse daran haben kann, letztlich einer Konkurrentin in Europa, der EPH/EPPE, über H2-Lieferungen in großen Maßstab die Marktposition zu stärken. Diese Zweifel erhielten neue Nahrung, als Ende Mai 2023 LEAG-Vorstandschef Thorsten Kramer geradezu um den Anschluss ans überregionale Wasserstoffnetz flehte. Es sei

„sehr befremdend“, dass die H2-Pipeline in Ostdeutschland so geplant werde, dass sie nicht in der Nähe unserer Kraftwerke vorbeikomme, beschwerte sich Kramer.²

Klar ist: Bei ihrer H2-Strategie ist die LEAG vom Goodwill der Regierungen in Bund und den Kohle-Ländern abhängig – und von dem der Konkurrenz.

Finanzierung ohne Fundament

Die Finanzierung des Energiewende der EPH-Unternehmen im Osten ist ein weiteres fundamentales Problem bei der Neuorientierung.

Die Kosten für die Schaffung der Gigawattfactory veranschlagt die LEAG selbst auf etwa 10 Milliarden Euro, die bis 2030 investiert werden sollen. Ein Blick auf die Bilanzen zeigt, dass diese Summe nicht allein durch das eigene Stromgeschäft eingespielt werden kann, auch wenn seitens der LEAG auf diese Finanzierungsquelle verwiesen wird.

Das Unternehmen kommuniziert auch die Absicht, für den Aufbau der Gigawattfactory einen Teil der noch nicht an die LEAG ausgezahlten Entschädigung für den früheren Kohleausstieg von 1,75 Milliarden Euro zu nutzen. Die EU-Kommission prüft derzeit jedoch, ob die Entschädigungshöhe beihilferechtlich zulässig ist. Sollte das nicht der Fall sein – was erste öffentliche Aussagen der Kommission nahelegen - wird die Finanzierbarkeit der Gigafactory noch stärker in Frage gestellt.

Zudem werden die Windkraft- und Solarpark-Projekte der Gigawattfactory vermutlich, wie ohnehin branchenüblich, größtenteils fremdfinanziert werden. Als Sicherheit dienen Kreditgebern dabei langfristige Abnahmegarantien für den erzeugten Strom. Wer könnte für die EPNE-LEAG-MIBRAG-Projekte solche Garantien abgeben? Nach Ansicht von Expert:innen kann diese Sicherheiten nur die EPPE-

Gruppe mit ihrer Stromhandelstochter EP Commodities geben. EP Commodities war bereits 2021 für die LEAG auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages bei der Vermarktung und Beschaffung von Strom tätig, wie der LEAG-Geschäftsbericht ausweist. Die Frage ist hier, welche Kosten für LEAG/MIBRAG mit solchen Abnahmegarantien verbunden sind. Vertragsgestaltungen, die auf In-sich-Geschäfte in der EPH-Gruppe hinauslaufen, lassen dabei alle kreativen Möglichkeiten, LEAG und MIBRAG entweder finanziell zu stärken oder ausbluten zu lassen.

Verfügbarkeit von unternehmenseigenen Flächen

Größtes Plus bei der Umstrukturierung der EPH-Gruppe ist der Flächenbesitz. Erneuerbare wie Wind und Solar sind Flächen-Energien.

EPNE wirbt auf seiner Website damit, dass die Erneuerbaren-Projekte auf „vollständig gesicherten Flächen“ stattfinden können. Auf einer früheren, inzwischen aus dem Netz genommenen Variante von EPNE, hieß es noch wesentlich konkreter: „Allein die Flächen der LEAG und MIBRAG belaufen sich auf mehr als 35.000 Hektar in dünn besiedelten Gebieten und machen die EPH-Gruppe zum zweitgrößten privaten Industrieflächenbesitzer Ostdeutschlands.“ Diese Angabe verschwand und findet sich jetzt auf der Website der LEAG abgewandelt wieder: Danach seien die Bergbaufolgeflächen der LEAG-Tagebaue (insgesamt etwa 33.000 Hektar) ein „Flächenschatz für erneuerbare Energien und vergleichsweise konfliktarm für Naturschutz, Mensch und Umwelt“.

Dass EPNE die Zahl strich, überrascht nicht. Auf Nachfrage teilte LEAG mit, dass sich die Tagebauflächen zum „Großteil im Eigentum oder in der bergrechtlichen Verantwortung der LEAG“ befinden. Solange das so ist, bleibt die LEAG für EPH zweifellos unverzichtbar. Was von den Flächen

der LEAG direkt gehört und was nur indirekt mittels des Bergrechts genutzt werden kann (und privaten oder öffentlichen Eignern gehört), dazu gibt es vom Unternehmen wie auch von den Landesregierungen Brandenburgs oder Sachsens keine wirklich konkreten Auskünfte.

Damit die Flächen in ihrer Folgenutzung überhaupt in großem Umfang für den Ausbau der Erneuerbaren genutzt werden dürfen, änderte die Ampel-Regierung Ende 2022 den Paragraphen 249b im Baugesetzbuch. Dieser ermächtigt die Landesregierungen, per Rechtsverordnung auf Tagebauflächen die Errichtung von Wind- und Solarparks zuzulassen.

Mit der Umsetzung dieser Rechtsverordnung lassen sich die Ost-Kohleländer allerdings Zeit.

Hintergrund dessen ist offenbar, dass das Verfügbarmachen der Flächen im Moment mutmaßlich eine der wenigen realen Hebel ist, den die Länder gegenüber der LEAG und der dahinterstehenden EPH in der Hand haben. Inzwischen ist aus der Landesregierung Sachsen zu hören, dass die Rechtsverordnung nicht umgesetzt werden soll. Brandenburg hat sich – Stand Juni 2023 – offenbar noch nicht entschieden.

Achillesferse Ewigkeitskosten

Anfang des Jahres 2023 wurde der Antrag der LEAG auf Verlängerung des Rahmenbetriebsplanes des Tagebaues Nochten zur vorgeschriebenen Beteiligung veröffentlicht. Im als Anlage 7 beigefügten Wasser-Fachbeitrag - und auch dort erst auf Seite 211 - ist Hochbrisantes versteckt: Ein „stationärer Stoffhaushalt“ im Bergbaufolgesee Nochten werde „voraussichtlich erst 2150 erreicht“. Der frühestens 2080 befüllte See wird demnach für lange Zeit massiven bergbaube-

dingten Stoffeinträgen ausgesetzt sein. Laut Antrag der LEAG wird das jedoch kein Problem, zumindest nicht „unter der Voraussetzung einer anhaltenden chemischen Nachsorge des Sees“. Auf Seite 210 ist zu lesen, dass mit „Nachsorge“ die „inlake-Neutralisation“, also das Bekalken mit Sanierungsschiffen gemeint ist. Diese verteilen in anderen Bergbauseen schon heute im Abstand von einigen Jahren Kalkmilch auf der Seeoberfläche, um die Versauerung des Wassers zu stoppen. Mit „anhaltend“ ist im Fall Nochten das gesamte 22. Jahrhundert gemeint sein.

Ebenso lange nach Ende der Kohleförderung wird Eisen aus der Tagebaukippe in Richtung der Spree strömen. Die LEAG ist dazu verpflichtet das verunreinigte Wasser abzufangen und zu klären, bevor es in den Fluss gelangt. Wie lange diese Maßnahme notwendig ist und von welchem Geld sie finanziert werden soll, wird im Antrag nicht aufgelöst. Der Vorstand der LEAG räumte jedoch vor dem Brandenburgischen Braunkohlenausschuss im März 2023 ein, dass die Kostenplanung des Unternehmens lediglich bis zum Jahr 2082 reiche. Somit besteht derzeit eine unternehmensinterne Finanzierungslücke von mindestens 70 Jahren.

Zu den bereits genannten reihen sich jedoch zahlreiche weitere Maßnahmen, zu denen der Tagebaubetreiber weit über 2082 hinaus bergrechtlich verpflichtet ist. Auch künftige Wasserknappheit im Spreegebiet wird anteilig eine Bergbaufolge sein. Die LEAG plant in ihren Tagebauen insgesamt 80 Quadratkilometer zusätzlicher Wasserflächen, die durch ihre Verdunstungsverluste weniger Wasser für den Fluss übriglassen. Nach dem Verursacherprinzip, das nicht zuletzt im EU-Recht verankert ist, muss die LEAG folglich auch an den Kosten von Niedrigwassermanagement, neuen Wasserspeichern oder Überleitungen beteiligt werden.

Das alles wurde nicht mitgerechnet, als die Bundesländer Brandenburg und Sachsen mit dem Unternehmen „Vorsorgevereinbarungen“ abschlossen. Durch diese wird ausschließlich Geld für die unmittelbare Rekultivierung nach Ende der Kohleförderung zurückgelegt, etwa für das Abschrägen und Verdichten von Böschungen. Und schon dafür reicht die Art und Höhe der Sicherung nicht aus, wie ein Papier des FÖS zeigt.³

Die entstehenden Folgekosten sind dabei klar durch den Tagebaubetrieb verursacht und müssen laut geltendem Bundesberggesetz vollständig vom Betreiberunternehmen getragen werden. Spätestens hier zeigt sich: Die Rechnung, an abgeschriebenen Kraftwerken kurz vor dem Kohleausstieg noch Geld zu verdienen, kann letztlich nur dann aufgehen, wenn die LEAG einen Weg findet ihre gigantischen Ewigkeitskosten loszuwerden.

Fazit

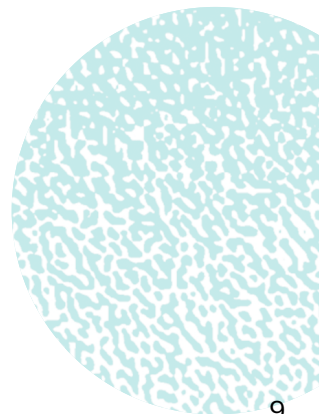
Ohne ein Ende der ostdeutschen Braunkohleverstromung bis spätestens 2030, sind die internationalen Klimapflichten Deutschlands nicht zu erfüllen.⁴ Zudem zeigen aktuelle Energiemarktsimulationen renommierter Institute eine eindeutige Tendenz: Kohlekraftwerke werden zum Ende der 20er Jahre nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können.⁵ Sobald der Erdgaspreis und der CO₂-Preis bestimmte Schwellen unter- bzw. überschreiten, rutschen die Braunkohle-Blöcke ans Ende der Einsatzreihenfolge (Merit Order). Die Laufzeiten der Anlagen sinken dann, die Rentabilität sinkt und die Kraftwerke geraten in der Verlustzone.

Um sich langfristig im Stromgeschäft zu halten, ist die LEAG daher gezwungen, ihr Kerngeschäft von fossilen hin zu erneuerbaren Energien umzugestalten. Dies soll im Wesentlichen über die Errichtung

einer GigawattFactory und den Neubau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken erreicht werden. Wie die vorhergehenden Kapitel gezeigt haben, fehlt der LEAG dafür aber sowohl die finanzielle als auch infrastrukturelle Basis. Darüber hinaus stellt die bergrechtliche Verpflichtung zur Begleichung der tagebaubedingten Ewigkeitskosten eine enorme wirtschaftliche Belastung dar. Und auch die bisher fest eingeplanten Entschädigungszahlungen für den früheren Kohleausstieg in Höhe von 1,75 Milliarden Euro drohen aufgrund der beihilferechtlichen Bedenken der EU-Kommission wesentlich geringer auszufallen.

Der LEAG läuft im Osten die Zeit davon. Nach Einschätzungen von Expert:innen kann sie sich nur in die Klimaneutralität retten, wenn der Mutterkonzern EPH Mittel in Milliardenhöhe investiert. Dieser sah sich von Anfang an jedoch nicht als Partner, sondern betrachtete die LEAG als Spekulationsobjekt, über das sich am goldenen Ende des Kohlezeitalters Gewinne mit abgeschriebenen Kraftwerken generieren und staatliche Entschädigungszahlungen für ein vorzeitigen Ausstieg abschöpfen ließen.

Es besteht die akute Gefahr einer Abspaltung der Braunkohlesparte, die man dann in Insolvenz schicken kann. Wenn in den 2030er Jahren der Kohleausstieg im Osten kommt, braucht es noch Jahrzehnte bis Jahrhunderte, um die Folgen der Braunkohle zu beseitigen. Es ist mehr als fraglich, ob es dann die LEAG noch gibt oder die Eigentümer der EPH in Prag für die Wiedernutzbarmachung auch nur einen müden Cent bereitstellen werden. Wenn jetzt nicht die Weichen gestellt werden, wird am Schluss die öffentliche Hand allein für die Beseitigung der Schäden aufkommen müssen, während die Gewinne längst ins Ausland abgeflossen sind. Die Zeche des Tagebaus zahlt dann am Ende die Steuerzahler*in.



Zusammenfassung:

EPH = eine Gefahr für die Zukunft Tschechiens, Europas und der Welt

Was ist die EPH? Fällt der Name der Energie- und Industrieholding (tschechisch: Energetický a průmyslový holding), haben nur wenige Menschen in Tschechien oder im Ausland eine genaue Vorstellung. Dabei ist die Holding das größte Unternehmen in der Tschechischen Republik, mit weitreichendem Einfluss auf viele Länder in ganz Europa. Der Mehrheitseigentümer des Unternehmens Daniel Křetínský hat seinen Reichtum in den letzten Jahren vervielfacht. In den Rankings der reichsten Menschen klettert er immer weiter nach oben, in Tschechien⁶ wie auch weltweit.⁷ Křetínskýs Interessen erstrecken sich auf verschiedene Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche. Sie beeinflussen die Energiewirtschaft, die geopolitische Ausrichtung der Europäischen Union, die Medien, den Sport, die Abfall- und sogar die Forstwirtschaft. Alle Aspekte behandeln wir in diesem Report im Detail.

Gemeinsam mit dem deutschen Energiekonzern RWE und dem polnischen Unternehmen PGE gehört Křetínskýs Konglomerat zu den drei größten europäischen Kohleunternehmen. Wie Daten des Energie-Think-Tanks Ember und des europäischen Anti-Kohle-Netzwerkes Europe Beyond Coal aus dem Januar 2022 zeigen, sind die Pläne von EPH im Bereich der Dekarbonisierung im Vergleich zu den anderen europäischen Energieriesen besonders katastrophal. Die Vorhaben des Unternehmens über den Ausbau der Gasinfrastruktur sind die weitreichendsten in der Europäischen Union.⁸ Wohl kaum ein anderer Konzern in unseren Breiten

verkörpert eine größere Gefahr für das Klima.

EPH zählt zu den Hauptimporteuren von russischem Erdgas, da dem Unternehmen die Pipeline-Infrastruktur gehört, die diesen klimaschädlichen Brennstoff durch die Ukraine und die Slowakei transportiert.⁹ Damit profitiert EPH unmittelbar von der Abhängigkeit Europas vom Regime des russischen Diktators Putin und trägt zur Zuspitzung der angespannten geopolitischen Lage bei, die sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine verschärft hat. Die Geschäfte des Unternehmens vertiefen die durch hohe Energie- und Lebensmittelpreise verursachte soziale Krise: Während EPH seine Gewinne mehr als verdoppelt hat und zum größten tschechischen Unternehmen überhaupt geworden ist, treiben steigende Preise immer mehr Haushalte in die Energiearmut.

Andere Firmen aus dem EPH-Portfolio haben wiederum Einfluss auf die europäische Medienlandschaft. Křetínský besitzt wichtige Medien in der Tschechischen Republik und in Frankreich und verfügt damit über eine geballte Macht im Mediensektor. Damit gefährdet er die Pressefreiheit auf ganz ähnliche Weise wie der ehemalige Premierminister Andrej Babiš mit seinem Medienimperium. Außerdem bedrohen Daniel Křetínskýs Firmen die geplante Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft, denn sie investieren im Bereich der Abfallwirtschaft in Mülldeponien und Verbrennungsanlagen.

Global gesehen zerstört EPH durch nicht-nachhaltige Biomassewirtschaft Wälder weltweit: Allein im Jahr 2022 wurden in den Biomasse- und Kohlekraftwerken von EPH und den zugehörigen Tochtergesellschaften rund 4,2 Millionen Tonnen Holz verbrannt. Dies entspricht mehr als 75% der tschechischen Holzproduktion des Jahres 2015.¹⁰

Und Křetínský könnte weiter zulegen. Es besteht das Risiko, dass er entscheidenden Einfluss in der PPF Group erlangt, die durch den Tod des Besitzers und ehemals reichsten Tschechen Petr Kellner gewissermaßen verwaist ist.¹¹ Über den PPF-Konzern könnte Křetínský auch Zugang zum Banken- und Telekommunikationsssektor sowie zu weiteren Schlüsselementen der europäischen Infrastruktur erhalten.

Der tschechische Oligarch wird somit auf einem gesamteuropäischen Level zu einer Bedrohung für die Demokratie. Er erhält in vielen Bereichen der Gesellschaft zu großen Einfluss und versucht, die Legislative der EU wie auch in Einzelstaaten zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Křetínskýs Modus operandi beruht auf dem Abschöpfen öffentlicher Mittel und der für ihn vorteilhaften Zusammenarbeit mit den Regierungen der europäischen Staaten. Unfreiwillig mitfinanziert werden diese schmutzigen Deals von Steuerzahlern der Europäischen Union, die paradoxerweise die traurigen sozialen Folgen tragen müssen.

Die in diesem Report versammelten Gründe bringen uns zu dem Schluss, dass der Konzern EPH und die weiteren Firmen Daniel

In diesem Bericht beschreiben wir das Geschäftsmodell von EPH und weiterer Firmen aus Křetínskýs Portfolio in ihrer ganzen Komplexität. Kapitel für Kapitel analysieren wir, weshalb die übergroße

Macht des Oligarchen auch der sozialen Gerechtigkeit und der Zukunft des Weltklimas schaden kann. Am Ende präsentieren wir eine Übersicht der Banken und Versicherungen, die in beträchtlichem Umfang mit dem klimafeindlichen Konzern zusammenarbeiten. Wir fordern ein sofortiges Ende dieser Koalition zwischen Finanz- und Fossilkapital und appellieren an die nationalen Regierungen und die EU, das schmutzige Business von EPH wirksam zu regulieren. Dafür legen wir geeignete Vorschläge auf den Tisch. Denn es gibt eine Lösung – was fehlt, ist der politische Wille.

Der Aufstieg von EPH und der weiteren Firmen Křetínskýs ist ein Extrembeispiel für die allmähliche Oligarchisierung globaler Konzerne in den letzten Jahrzehnten. Akteure wie Andrej Babiš in Tschechien, Elon Musk oder Jeff Bezos in den USA, Firmen wie EPH, Shell oder Monsanto, Banken wie Morgan Stanley oder Investoren wie BlackRock gewinnen immer mehr Macht über die demokratische Politik. Sie unterwandern Staaten und gestalten die Spielregeln zu ihren Gunsten. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns endlich die Frage stellen, wie der Macht dieser großen, übernationalen Konzerne und oligarchischen Strukturen auf einem gesamteuropäischen und globalen Level begegnet werden kann. Eine weitere Frage lautet, wie die Weltwirtschaft erneuert werden kann. Denn zuviel Macht in den Händen von Wenigen schadet uns allen.

Kohlebaron Křetínský und sein finisiles Imperium

Alle verfügbaren Daten zeigen, dass Daniel Křetínskýs Energie- und Industriekonzern EPH zu den klimaschädlichsten Energieunternehmen Europas gehört.¹² Allein die EPH-Kohlekraftwerke

mit ihrer Gesamtkapazität von 12,2 Gigawatt¹³ stoßen mehr Treibhausgase aus als ganz Finnland.¹⁴ Křetínskýs Firma ist u. a. ein bedeutender Player beim Transport und der Verbrennung von Erdgas. In den letzten zehn Jahren hat sich die Holding darauf spezialisiert, so viel Geld wie möglich aus den europäischen Bemühungen um eine Dekarbonisierung herauszuholen: Sie kaufte alte Kohlekraftwerke auf und setzt alles daran, ihre Schließung zu verhindern. Für mögliche Stilllegungen fordert das Unternehmen von den jeweiligen Staaten Entschädigung.¹⁵ Die auf diese Weise gewonnenen Gelder investiert Křetínský wiederum in den Ausbau der Gasinfrastruktur, womit sich unsere Abhängigkeit von Russland verstärkt. Křetínskýs EPH verhält sich einigen Forschern zufolge wie eine „fossile Hyäne“,¹⁶ sich von den Überresten der aussterbenden Kohleindustrie ernährt, den Ausstieg verzögert¹⁷ und die Politik der Dekarbonisierung gewinnbringend für sich gestaltet. Werfen wir also einen genaueren Blick auf Křetínskýs fossiles Imperium.

Bei den Kohlendioxid-Emissionen aus Kohlekraftwerken liegt EPH an dritter Stelle unter den europäischen Energiekonzernen. Im Jahr 2021 stießen die Kohlekraftwerke des Unternehmens knapp 49 Megatonnen Kohlendioxid (CO₂) aus. Lediglich der polnische PGE-Konzern und das deutsche Energieunternehmen RWE verursachten noch mehr Emissionen.¹⁸ EPH besitzt Kohlekraftwerke in Tschechien, der Slowakei, Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland. Gerade das Beispiel des deutschen Kohleimperiums veranschaulicht eindrucksvoll, wie Křetínský die Dekarbonisierungsagenda zu seinem eigenen Vorteil unterwandert.

Im Jahr 2016 erwarb EPH über sein Unternehmen Lausitz Energie (LEAG) quasi kostenlos alle Kohlegruben und -kraftwerke in Ostdeutschland vom schwedischen

Staatsbetrieb Vattenfall. Dies gelang ihm vor allem auch dank der Beteiligung von PPF Investment. Das Lausitzer Kohlerevier ist eines der größten in Europa,¹⁹ und genau darum wollte es Vattenfall, unter dem Druck der schwedischen Öffentlichkeit, auch loswerden. Entgegen der Pläne der Bundesregierung, die Kohlekraftwerke zu schließen, beschloss die LEAG, die Kohleförderung fortzusetzen und weitere Dörfer abzureißen – derzeit muss z. B. das Dorf Mühlrose (sorbisch Miloraz) dem Tagebau weichen.²⁰ In der deutschen Debatte über den Kohleausstieg bemühte sich die LEAG vor allem um einen finanziellen Ausgleich. Mit intensiver Lobbyarbeit konnte sich das Unternehmen schließlich durchsetzen und erhält vom deutschen Staat eine Entschädigung in Höhe von 1,75 Milliarden Euro. Die Europäische Kommission untersucht jedoch seit 2021, ob diese staatliche Unterstützung gegen europäisches Gesetz verstößt.²¹

Über die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) besitzt EPH auch Kohletagebaue und -kraftwerke bei Leipzig. Das Unternehmen will erst 2038 aus der Kohle aussteigen, entsprechend dem ursprünglichen Zeitplan der deutschen Kohlekommission. Das Jahr 2038 ist jedoch unvereinbar mit der Empfehlung der Wissenschaft, den globalen Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten.²² Aus diesem Grund will die 2021 neu gewählte Bundesregierung den Kohleausstieg ins Jahr 2030 vorziehen. RWE gab im April 2022 bekannt, dass sich das Unternehmen mit dem Bund auf ein Ende seiner Kohlemeiler bereits vor 2030 verständigt hat.²³ Es droht somit ein Szenario, in dem sich EPH dem Ausstieg widersetzt und als einziges Unternehmen noch im nächsten Jahrzehnt Kohlekraftwerke in Deutschland betreibt sowie möglicherweise weitere Entschädigungen von der Bundesregierung verlangt.

Ganz ähnlich agierte die EPH auch in Frankreich. 2019 kaufte die Holding dort die Kohlekraftwerke von Uniper. Ähnlich wie Vattenfall setzte der deutsche Energieerzeuger auf die Strategie, die Kohle durch Verkauf statt durch Schließung loszuwerden. Obwohl Frankreich den Kohleausstieg offiziell bereits 2021 vollzogen hat, beschloss die Regierung 2022 Křetínskýs Wärmekraftwerk Emile Huchet erneut in Betrieb zu nehmen. Den Ausschlag gaben der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise, die hohen Gaspreise und die unsicheren Importe fossiler Brennstoffe aus Russland. Auf die gleiche Weise wurde mit dem stillgelegten deutschen Kohlemeister Mehrum in Deutschland verfahren, das 2022 zwischenzeitlich wieder ans Netz ging, ohne dass Křetínský die Entschädigung für die vorzeitige Schließung zurückzahlen musste.²⁴ Auf diese Weise ist eine paradoxe Situation entstanden – Křetínskýs EPH verdient an der Energiekrise, die sie mit ihrer Tätigkeit, also dem Betrieb von Gaskraftwerken,²⁵ erst mit hervorgerufen hat.²⁶

In der Slowakei ist EPH Miteigentümer des Energieversorgers Slovenské elektrárne, zu dessen Portfolio auch die beiden Ko-

hleimeiler Nováky und Vojany gehören. Ihren Betrieb verdanken sie vor allem den großzügigen Subventionen für die Kohleverbrennung durch den slowakischen Staat. Der Zufluss der slowakischen Steuergelder in Křetínskýs Kohlebusiness wird wohl mit der voraussichtlichen Schließung der Kraftwerke im Jahr 2023 ein Ende haben.²⁷

Wie wir sehen, gehört Daniel Křetínský zu den größten Kohlebaronen in Europa. Seine Strategie ist, die Schließung seiner Kohlekraftwerke aufzuhalten,²⁸ öffentliche Mittel abzuschöpfen²⁹ und den Kohleausstieg in den Ländern, in denen er tätig ist, zu verzögern.³⁰ Dies geschieht im Bewusstsein, dass sein Businessplan den internationalen Klimaschutzverpflichtungen widerspricht, zu einer Erwärmung des Planeten um mehr als 1,5 Grad Celsius führt und somit Millionen Menschen jetzt und in Zukunft bedroht. **Křetínskýs Businessplan basiert auf dem Kalkül, dass die Weltgemeinschaft mit ihrer Absicht scheitert, das Klima rechtzeitig zu stabilisieren und den Planeten vor dem Klimakollaps zu retten.**

Křetínský und der Fußball

Zu Daniel Křetínskýs Interessen zählt neben fossilen Brennstoffen, klimaschädlichem Wirtschaften mit Biomasse und Abfalldeponien auch Fußball. Er investiert nach Oligarchen-Art in den Sport: In Tschechien gehört ihm der Traditionsverein Sparta Prag, im Herbst 2021 übernahm er ein Drittel des englischen Klubs West Ham United. Über den Fußball versucht Křetínský das Image des gütigen Oligarchen zu pflegen, dem die Menschen am Herzen liegen. Doch im Fußball gilt genau wie in der Wirtschaft: Ohne Oligarchen ist es besser.

Company

Coal-fired

EPH (United Energy)
 EPH (elektrárny Opatovice)
 EPH 35% (Plzeňská teplárenská)
 EPH/EnBW (Mibrag)
 EPH (LEAG)
 EPH (LEAG)
 EPH (Mibrag)
 EPH (Mibrag)
 EPH (LEAG)
 EPH (EP Germany)
 EPH (EP Produzione)
 EPH (Slovenské elektrárne)
 EPH (Slovenské elektrárne)
 EPH (Gazel Energie)
 EPH (EP UK Investments)

Power station

Komofany
 Opatovice
 Plzenska energetika ELU III
 Lippendorf
 Jänschwalde
 Boxberg
 Mehrum (stand-by)
 Wähltitz
 Schwarze Pumpe
 Schkopau
 Fiume Santo
 Vojany I
 Nováky
 Émile-Huchet 6
 Kilroot

Country

Czechia
 Czechia
 Czechia
 DE - Lusatia
 DE - Lusatia
 DE - Lusatia
 DE - Lusatia
 DE - Saxony-Anhalt
 DE - Lusatia
 DE - Saxony-Anhalt
 Italy
 Slovakia
 Slovakia
 France
 United Kingdom

Main fuel

coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal
 coal

Capacity (MWe)

239
 378
 274
 920
 2,000
 2,575
 690
 37
 1,600
 900
 599
 220
 266
 595
 665

Gas

EP Produzione (75%)
 EP Produzione
 EP Produzione
 EP Produzione
 EP Produzione (50%)
 EP Langage
 EP South Humber Bank
 EP Ballylumford
 EP Tynagh Energy (80%)
 Gazel Energie
 Gazel Energie
 LEAG
 LEAG
 PZEM

Livorno Ferraris
 Ostiglia
 Tavazzano e Montanaso
 Trapani
 Scandale
 Langage
 South Humber Bank
 Ballylumford
 Ballylumford
 Tynagh Energy
 Émile-Huchet 7
 Émile-Huchet 8
 Thyrow (stand-by)
 Ahrensfelde (stand-by)
 Sloe

Italy
 Italy
 Italy
 Italy
 Italy
 United Kingdom
 United Kingdom
 United Kingdom
 United Kingdom
 Ireland
 France
 France
 France
 DE - Brandenburg
 DE - Brandenburg
 Netherlands

gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas
 gas

805
 1,137
 1,140
 213
 814
 905
 1,365
 683
 683
 384
 414
 414
 414
 150
 120
 870

Biomass

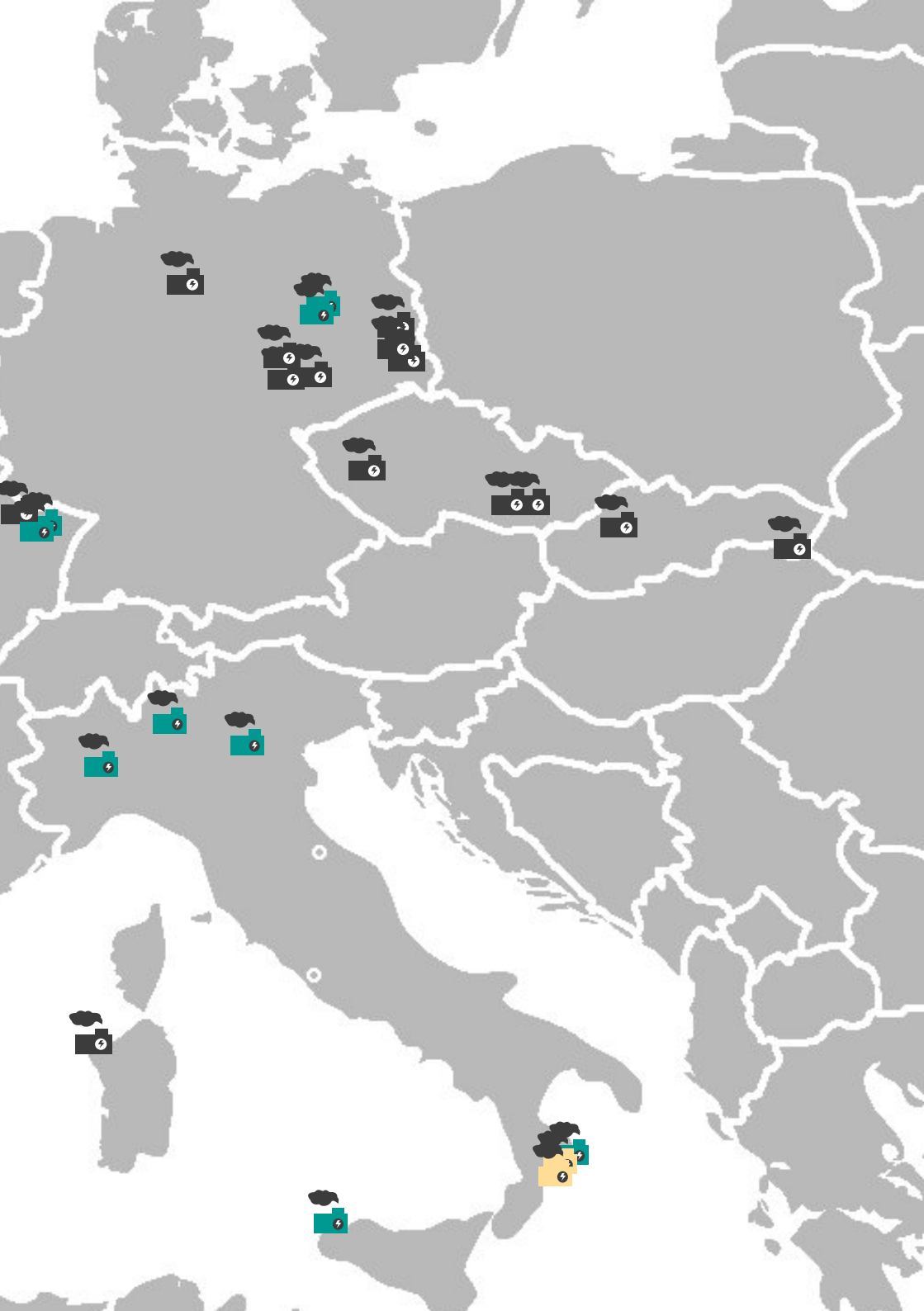
EP UK Investments
 EP New Energy Italia/LEAG
 EP New Energy Italia
 EP New Energy Italia
 Gazel Energie

Lynemouth
 Fusine Energia
 Strongoli
 Crotone
 Provence 4 (Gardanne)

United Kingdom
 Italy
 Italy
 Italy
 France

biomass
 biomass
 biomass
 biomass
 biomass

405
 7
 46
 27
 150



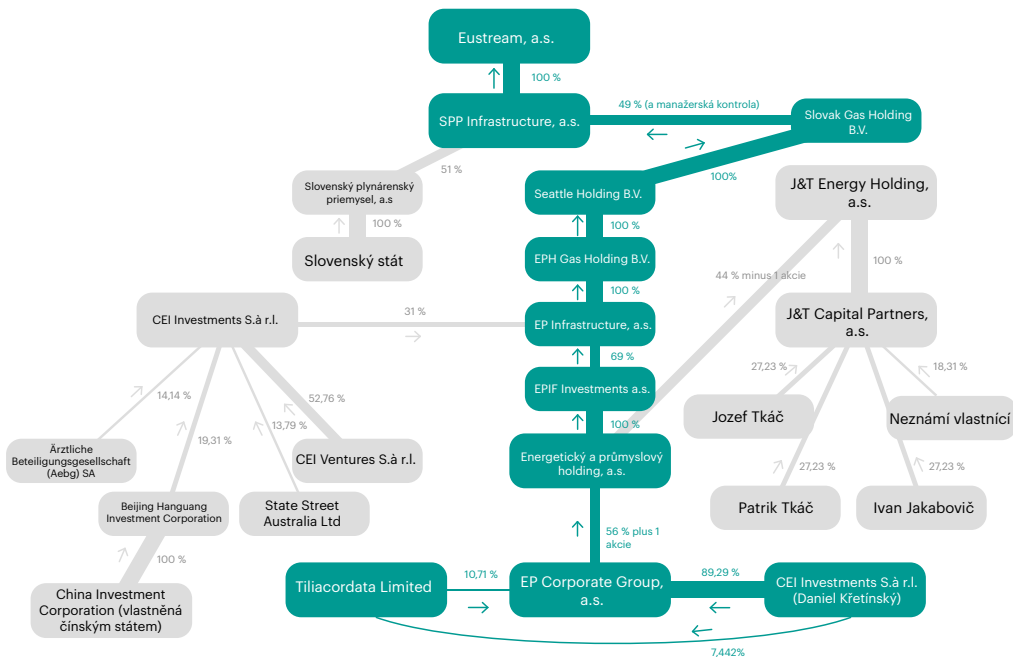


Abbildung 1: Struktur der EUSTREAM-Muttergesellschaften in Steuerparadiesen. Quelle: Deník Referendum

Gas-Abhängigkeit und Energiearmut: EPH in einer Schlüsselrolle

Allein die EPH-Aktivitäten im Kohlesektor sind für das Weltklima bedrohlich. Hinzu kommt jedoch, dass Křetínskýs Unternehmen in bedeutendem Umfang Gasinfrastruktur besitzt. Zum Portfolio gehören Pipelines für den Gas-Import aus Russland, Gasspeicher sowie Gaskraftwerke.³¹ Im Hinblick auf die derzeitige Kapazität der Gaskraftwerke steht EPH an achter Stelle der europäischen Energiekonzerne: Der Konzern besitzt Gasinfrastruktur in Italien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Irland, der Slowakei und der Tschechischen Republik.

Mit 7,6 GW³² an installierter Leistung gehört das Unternehmen im Gassektor nicht zu den größten europäischen Kohlendioxidproduzenten. Doch das wird an an-

derer Stelle wettgemacht. **Während sich andere Energiekonzerne um die Dekarbonisierung bemühen und auf Erneuerbare umstellen, hegt EPH weitreichende Pläne zum Erdgas-Ausbau. Bis 2035 sollen neue Gaskraftwerke mit einer Leistung von knapp 6 Gigawatt entstehen.**³³ Der Bericht über die Zukunftspläne der europäischen Energieerzeuger im Bereich der Gasinfrastruktur entstand noch vor Beginn des Ukraine-Krieges. EPH hat allerdings bislang keinen Kurswechsel und keine Abkehr von diesen Plänen bekundet.

Ein Paradebeispiel ist das italienische Gaskraftwerk Ostiglia: Im März 2022, also bereits nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, kündigte EPH an, die Kapazität des Kraftwerks um weitere 800 MW zu erhöhen. Protest gegen die Erweiterung der Anlage kommt von Anwohnern wie auch von Seiten italienischer Umwe-

ltorganisationen.³⁴ Das Kraftwerk im britischen Eggborough will die Holding von Kohle auf Gas umstellen; ähnliche Pläne gibt es auch für den bereits erwähnten Kohlemeiler Mehrum in Niedersachsen. Neue Erdgasanlagen errichten will EPH im nordirischen Kilroot und im italienischen Tavazzano.³⁵

Wegen der hohen Gaspreise und dem Vorhaben der Europäischen Union, sich aus der Abhängigkeit von russischem Gas zu befreien, kann Křetínskýs Holding manche dieser Projekte möglicherweise nicht wie geplant umsetzen. Wie die genannten Beispiele jedoch verdeutlichen, ist EPH gegenwärtig die treibende Kraft hinter den Bemühungen, von Kohle auf Gas umzusteigen. Dies könnte uns auf Jahre hinaus in eine Abhängigkeit von diesem klimafeindlichen fossilen Brennstoff manövrieren.³⁶ Wenn wir aber die Erwärmung des Planeten auf einem erträglichen Niveau halten wollen, können wir uns Analysen zufolge keinen weiteren Ausbau von fossilen Infrastrukturen leisten.³⁷ Auch hier setzt Křetínský also auf Entscheidungen, die unsere Zukunft gefährden – obwohl er weiß, welche Auswirkungen der Menschheit und dem Planeten damit drohen.

EPH gehört zu den Unternehmen, die durch den Betrieb von Gaskraftwerken die derzeitige Energiekrise und die damit einhergehenden hohen Strom- und Energiepreise mitverursacht haben. Denn der Hauptgrund für die hohen Energiepreise ist der beständig steigende Gaspreis, zurückzuführen hauptsächlich auf den Krieg in der Ukraine.³⁸ Europa kassiert damit die Rechnung für die lange ignorierte Abhängigkeit von russischem Gas, von der Křetínskýs Unternehmen lange Zeit profitiert hat. Und dabei verdient EPH an der Krise kräftig mit: Zwischen 2020 und 2021 hat das Unternehmen seine Gewinne von 8,5 Mrd. Euro auf 18,9 Mrd. Euro mehr als verdoppelt, im ersten Halbjahr 2022 wurde ein Umsatz von 15,1 Mrd. Euro verzeichnet, ein Plus von sechzig Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.³⁹ Damit ist EPH seit vergangenem Sommer das größte Unternehmen Tschechiens.⁴⁰

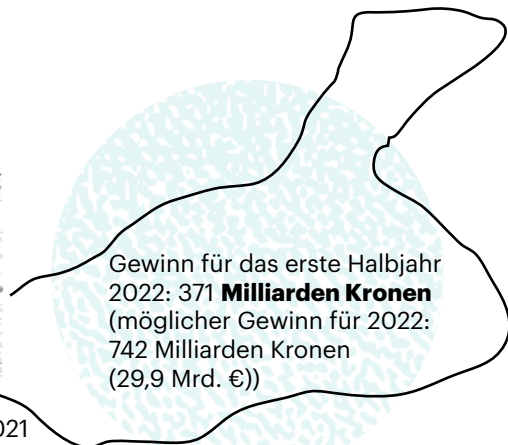
Energiearmut und Teuerung, die Probleme der meisten Menschen in unserem Land, waren für Daniel Křetínský eine weitere Gelegenheit, um Milliarden zu verdienen.



Gewinne im Jahr 2020
211 Milliarden Kronen
(8,5 Milliarden Euro)



Gewinne im Jahr 2021
470 Milliarden Kronen
(18,9 Milliarden Euro)



Gewinn für das erste Halbjahr 2022: **371 Milliarden Kronen**
(möglicher Gewinn für 2022:
742 Milliarden Kronen
(29,9 Mrd. €))

Abb. 1: Vergleich der Ergebnisse der Jahre 2020, 2021 und des ersten Halbjahres 2022



Putins Mann: Wie uns Křetínskýs Deals nach Osten ziehen

Der Energiekonzern EPH hat auch eine geopolitische Bedeutung. Es waren nicht zuletzt die Deals des Unternehmens, die in den letzten Jahren zur Orientierung unseres Landes Richtung Osten beigetragen haben und unsere Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen verstärkt haben. In einem Artikel für das Nachrichtenportal Deník Referendum schreiben Daniel Kotecký, Gaby Khazalová und Lucie Čejková, russisches Gas sei „ein Huhn, das seit Jahren goldene Eier für Křetínskýs Firmen legt“ und das Geld für weitere Investitionen „nach Hyänen-Art“ in Westeu-

ropa eingebracht habe.⁴¹ Eine der profitabelsten EPH-Tochtergesellschaften, die slowakische EUSTREAM, würde als Betreiberin der Transgas-Pipeline bei einem Stopp der russischen Gaslieferungen in die EU Milliarden verlieren.

EUSTREAM ist der größte Einzelimporteur von russischem Gas in Europa und zugleich das Schlüsselunternehmen, das Křetínský vor Jahren zum Aufbau seines Energieimperiums verholfen hat.⁴² Im Firmeninteresse muss EPH auf eine strategische Freundschaft zwischen den europäischen Staaten und dem russischen Unternehmen Gazprom hinwirken, mit dem die Staaten langfristige Gasimport-

verträge abschließen.⁴³ **Wenn jemand jahrelang von Europas Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland profitiert hat und Grund hatte, sich der geplanten Abkehr von fossilen Brennstoffen zu widersetzen, dann Křetínskýs EPH. Dem Unternehmen ist es auch zu „verdanken“, dass wir über ein Jahr nach Beginn von Putins Aggression gegen die Ukraine immer noch täglich Milliarden an den russischen Diktator schicken.**

Křetínskýs Geschäftsbeziehungen reichen bis nach China, ein weiteres autoritäres Regime, das seinen wirtschaftlichen Einfluss auf Europa ausbauen will. Der staatliche chinesische Investitionsfonds „China Investment Corporation“ hält fast 20 Prozent am Investitionskonsortium CEI Investments und ist Mitbesitzer der Firma EP Infrastructure.⁴⁴ Seit dem Jahr 2020 leiht sich EPH regelmäßig Geld bei der chinesischen Bank of China, wobei die Transaktionen zumeist in Zusammenarbeit mit bedeutenden westlichen Banken abgewickelt werden.⁴⁵ Křetínskýs Unternehmen fungiert somit als Institution, die den westlichen und den chinesischen Finanzsektor verbindet. Diese Rolle als „Brücke zwischen West und Ost“ kann Europa angesichts der angespannten geopolitischen Lage gefährlich werden.

Systemische Korruption: Zweifelhafte Abkommen mit Regierungen

Das Geschäftsmodell von EPH funktioniert vor allen Dingen dank der außergewöhnlich guten Beziehungen zu Staatsregierungen. **Manche von Křetínskýs Methoden können als potenziell korrupte Praktiken angesehen werden, mit denen sich der EPH-Eigentümer Vorteile für sein Unternehmen verschafft. In der Tschechischen Republik wird dieses Vorgehen durch den ehemaligen Minis-**

terpräsidenten Mirek Topolánek verkörpert. Topolánek war von 2006 bis 2009 Premierminister, also zu der Zeit als EPH gegründet wurde und in Zusammenarbeit mit dem halbstaatlichen Unternehmen ČEZ die Arbeit aufnahm. Der größte tschechische Energiekonzern unterstützte⁴⁶ EPH in der Anfangszeit beim Kauf der Gesellschaft MIBRAG, die bei Leipzig Kohle abbaut und verbrennt. Von ČEZ übernahm EPH im Jahr 2012 auch das hochprofitable Kraftwerk Opatovice. Laut einer Meldung des Webservers Aktuálně verdiente ČEZ an der gesamten Transaktion 76 Millionen Euro.⁴⁷

Daniel Křetínský erwarb seine ersten Aktiva im Energiesektor dank der lukrativen Zusammenarbeit mit dem halbstaatlichen Unternehmen, das zu jener Zeit maßgeblich dem Einfluss der konservativen Partei ODS – Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament – unter Parteichef Mirek Topolánek unterstand. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Topolánek nach seinem Ausscheiden aus der Politik bei EPH-Unternehmen einstieg. Er fungierte mehrere Amtsperioden als Aufsichtsratsvorsitzender des Kraftwerks Opatovice, und ist aktuell Mitglied der Geschäftsführung von EUSTREAM⁴⁸ sowie Aufsichtsratsvorsitzender der tschechischen Interessensgruppe für Wärmekraft (teplárné sružení). Ein entscheidender Akteur innerhalb dieser Vereinigung ist wiederum EPH, vertreten durch die Firma Plzeňská teplárenská.⁴⁹ Wir sehen hier ein Musterbeispiel für das Revolving-Door-Phänomen: Politiker wechseln zwischen der öffentlichen Sphäre und der Privatwirtschaft, wobei sie auf beiden Seiten die Interessen desselben privatwirtschaftlichen Akteurs vertreten. Organisationen wie Transparency International⁵⁰ oder Corporate Europe Observatory⁵¹ bezeichnen diese Praktik als korrupt.

Das beste Beispiel für die dubiose Zusammenarbeit von EPH und öffentli-

chem Sektor findet sich in der Slowakei und hängt mit der Übernahme von EUSTREAM zusammen. Das lange Zeit profitabelste Unternehmen in Křetínskýs Portfolio hat praktisch ein Monopol auf den Transport von russischem Gas durch die Slowakei. Im Jahr 2013 gelang EPH ein lukrativer Deal mit der Regierung des damaligen slowakischen Premierministers Robert Fico: Die Holding erwarb eine Minderheitenbeteiligung an dem mehrheitlich in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen Slovenský plynárenský priemysel (SPP – Slowakische Gasindustrie) und die Kontrolle über alle Geschäftsbereiche des Unternehmens.⁵² Später kaufte der slowakische Staat den kommerziellen Geschäftsbereich des Gasversorgers von EPH zurück, um die Kontrolle über den Gasverkauf zu behalten – slowakischen Medien zufolge war diese SPP-Sparte zu diesem Zeitpunkt unrentabel. Mit anderen Worten: Die Holding erhielt einen sehr preiswerten Zugang zu einer stabilen Geldquelle in der Slowakei.⁵³ Die unvorteilhafte Transaktion für das Land gibt Anlass zu Spekulationen – was brachte sie denjenigen, die sie möglich machten?

Die Aktivitäten der EPH und ihrer Tochtergesellschaften zeigen, dass Daniel Křetínský eher öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, als der Gesellschaft etwas zurückzugeben. EP Investment, gegründet zur Prüfung von EPH-Beteiligungen an anderen Unternehmen, hatte seinen Sitz bis 2015 in Zypern und zog dann nach Luxemburg.⁵⁴ Grund dafür ist höchstwahrscheinlich die geringere Steuerlast. Der Name Daniel Křetínský taucht auch den als „Panama Papers“ geleckten Dokumenten über Steuerflucht auf, genauer seine Firma Wonderful Yacht Holdings mit Sitz auf den britischen Jungfraueninseln.⁵⁵ Im November 2022 schockierte der Milliardär schließlich die tschechische Öffentlichkeit, als er ankündigte, seine Firma EP Commodities werde Tschechien verlassen, um der geplanten Über-

gewinnsteuer – geplant als Reaktion auf den Ukraine-Krieg – zu entgehen.⁵⁶ Kein Wunder, dass Křetínský sich mit den eingesparten Steuern Investitionen leisten kann, zum Beispiel den Kauf des Château du Marais in der Nähe von Paris.⁵⁷

Ein zweiter Babiš: Křetínskýs Medienimperium bedroht die Pressefreiheit

Nach mehreren Jahren ist die Tschechische Republik wieder in die Top 20 des angesehenen Pressefreiheitsindex zurückgekehrt. Das Ranking, erstellt von der Organisation Reporter ohne Grenzen, vergleicht die Pressefreiheit in fast allen Ländern der Welt.⁵⁸ Im Jahr 2022 belegte Tschechien Rang 20, während es in den Vorjahren Plätze um Rang 40 eingenommen hatte. Die Ursachen für den Abstieg Tschechiens nach 2015 sehen die Autoren in einer zunehmenden „Oligarchisierung“ der Medien, einer Akkumulation der meistgelesenen Titel durch reiche Konzerne sowie in Angriffen auf öffentlich-rechtliche Medien. Das eklatanteste Beispiel für die zunehmende Macht von Oligarchen im Mediensektor ist der ehemalige Premierminister Andrej Babiš, dem mit MAFRA eines der größten tschechischen Verlagshäuser sowie über Bauer Media auch die meistgelesenen Lifestyle-Magazine gehören.

Die Verbesserung Tschechiens im Index führen die Autoren zum einen auf Andrej Babišs Niederlage bei den Parlamentswahlen und seinen schwindenden politischen Einfluss, zum anderen auf abnehmende Angriffe auf die öffentlich-rechtlichen Medien zurück. Dennoch betrachten sie die Konzentration von Medien in den Händen reicher Konzernchefs weiterhin als größtes Problem für die Pressefreiheit im Land.⁵⁹ Andrej Babiš steht in diesem Zusammenhang häufig im Fokus.

Dabei besitzt Daniel Křetínský nicht nur bedeutende Medien bzw. Anteile in der Tschechischen Republik, sondern auch in Frankreich. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, seinen Einfluss auf die öffentliche Debatte über den Klimaschutz und andere Themen im Zusammenhang mit seinem Unternehmen zu beleuchten.

Křetínskýs Medienimperium in Tschechien besteht aus dem Verlagshaus Czech News Center (CNC) mit der meistgelesenen tschechischen Tageszeitung Blesk, dem Boulevardblatt AHA!, der täglich erscheinenden Wirtschaftszeitung E15, der Wochenzeitung Reflex, dem Radiosender Evropa 2 und dem Nachrichtenportal Info.cz.⁶⁰ Insbesondere die Wochenzeitung Reflex und das Portal Info.cz sind in der tschechischen Medienlandschaft für zahlreiche Angriffe auf die Klimaschutzmaßnahmen der EU oder direkt auf Umweltorganisationen bekannt. Die Chefredakteure der beiden Titel attackieren über ihre Social-Media-Kanäle (vor allem auf Twitter) häufig Klimaschützer, die Europäische Union⁶¹ und Bemühungen um den Klimaschutz. Michal Půr, der Chefredakteur von Info.cz, bezeichnet Umweltorganisationen und die Europäische Union als „grüne Taliban“,⁶² Reflex-Chef Marek Stoniš wiederum spricht von Klimaschützern als „Ökoterroren“. ⁶³

Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass Mirek Topolánek eine eigene Show auf Info.cz hat. Die Verbindungen des ehemaligen Premierministers zu Křetínský haben wir bereits im vorherigen Kapitel beleuchtet. Auch Topolánek beleidigt auf seinem Twitter-Account häufig Menschen, die sich um das Klima sorgen, und zieht wissenschaftliche Fakten über den menschengemachten Klimawandel in Zweifel.⁶⁴

Křetínskýs Medien steuern die Debatte über den Klimaschutz und die Energiewende massiv im Sinne ihres Ei-

gentümers. Die Aktivitäten von EPH werden entweder ignoriert oder gelobt, Kritik findet sich dagegen kaum. Damit beeinflussen diese Medien die Schlüsseldebatte unserer Zeit auf die gleiche Weise wie Andrej Babišs Medien im Sinne ihres Eigentümers handeln. Křetínskýs Aktivitäten im Mediensektor sollten deshalb genauso aufmerksam beobachtet und analysiert werden, sowohl von Analysten wie auch von der Medienwissenschaft.

Etwas anders gestaltet sich die Situation in Frankreich. Daniel Křetínský hält einen Minderheitenanteil von Le Monde, einer der bedeutendsten Tageszeitungen des Landes, und besitzt die Mehrheit an der Zeitschrift Marianne. Im Jahr 2022 übernahm Křetínský auch das Magazin Usbek & Rica und den Online-Sender B Smart. Enge Beziehungen pflegt er außerdem zur Tageszeitung Libération, der er im September vergangenen Jahres einen Kredit von fast 15 Millionen Euro gewährte. Auch wenn Křetínský keine Anteile besitzt, könnte er als Gläubiger womöglich Einfluss bei Libération geltend machen.⁶⁵ Französische Journalisten stehen dem Oligarchen kritischer gegenüber als tschechische und scheuen sich nicht, ihm entgegenzutreten.⁶⁶

In der französischen Öffentlichkeit, die Medienbesitzverhältnisse eingehender diskutiert,⁶⁷ wurde von Beginn an spekuliert, ob Křetínský die Medien zur Förderung seiner Interessen im Energiesektor missbrauchen könnte. Für einen Skandal sorgten Aussagen von Journalisten der Zeitschrift Marianne, wonach der Oligarch kurz vor den französischen Präsidentschaftswahlen 2022 Einfluss auf die Titelseite genommen haben soll – zugunsten des amtierenden Präsidenten Emmanuel Macron.⁶⁸ Mediale Aufmerksamkeit bekamen auch Křetínskýs nachweisliche Lügen, als er abstritt, dass seine Pläne im Energiesektor einen Interessenskonflikt darstellten. Später stellte sich heraus,

dass er vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2017 wegen seiner Kapitalbeteiligung am französischen Energieunternehmen EDF zu mehreren Politikern Kontakt aufgenommen hatte.⁶⁹

Daniel Křetínskýs Aktivitäten im Mediensektor in Tschechien und in Frankreich entsprechen seinen Absichten, die öffentliche Debatte zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Es ist auch der wachsende Einfluss auf die öffentliche Debatte in wichtigen Ländern, die zum Erfolg des EPH-Geschäftsmodells beiträgt. **Křetínskýs Medienimperium versucht, die Klimaschutzpolitik zu verzögern und seine**

eigenen Interessen durchzusetzen. Diese Bemühungen müssen im breiteren Kontext der „fossilen“ Einflussnahme auf die Klimadebatte gesehen werden⁷⁰ – spätestens seit den 1980er Jahren hat die Kraftstoffindustrie systemisch in Programme investiert, die die Klimakrise verleugnen, Desinformation über das Klima verbreiten und notwendige Gegenmaßnahmen blockieren. In der tschechischen Klimadebatte wird die Verzerrung des Diskurses durch einen der reichsten Tschechen, dessen Interessen im direkten Widerspruch zum Klimaschutz stehen,⁷¹ bislang fast vollständig ignoriert.

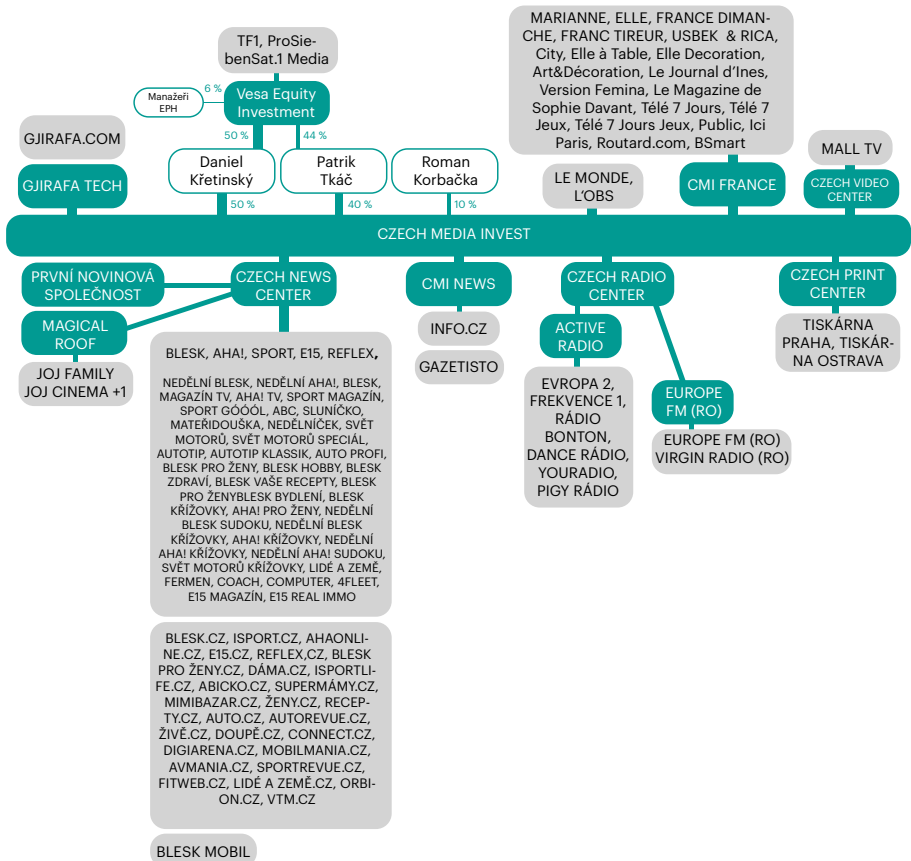


Abbildung 2: Struktur der Medien unter dem Einfluss von Daniel Křetínský.



Křetínskýs „Biomassaker“: EPH verheizt Wälder weltweit

Einen kleineren Teil des EPH-Portfolios bilden Kraftwerke, die Biomasse verbrennen oder mitverfeuern. Biomasse ist theoretisch eine erneuerbare Energiequelle – ihre Verbrennung kann ökologisch sein, wenn sie auf naturverträgliche und nachhaltige Weise gewonnen wird, so dass die Ressourcen sich erneuern können. In der Realität verursacht Biomasse jedoch oft mehr Emissionen als Kohle, da mit der extensiven Verbrennung gesunder Bäume gleichzeitig Wälder zerstört werden, die diese Emissionen absorbieren könnten.⁷²

Das Geschäft mit der Biomasse ist ein Beispiel für die zerstörerische Praxis, Wälder zu roden, um an Brennholz für die Energiegewinnung zu kommen. Die Industrie, die dahinter steht, verübt im wahrsten Sinne des Wortes ein „Biomassaker“ – so bezeichneten slowakische Umweltschützer das Vorgehen mit einer Kampagne treffend. Schlecht regulierte Biomasse-Subventionen auf nationaler

Ebene führten dazu, dass in der Ostslowakei in großem Umfang wertvolle Wälder für die Strom- und Wärmeerzeugung gerodet wurden, was zwangsläufig den Widerstand von Umweltorganisationen hervorrief.⁷³ Die größten Mengen Biomasse wurden im Kraftwerk Vojany verfeuert (bevor es von EPH übernommen wurde).⁷⁴

Laut Studien der NGOs Corporate Europe Observatory sowie Global Health Advocates unterstützen die geltenden Subventionsrichtlinien der EU die Abholzung von Wäldern europaweit und global.⁷⁵ Recherchen der New York Times haben gezeigt, dass aufgrund der unangemessenen Biomasse-Förderregeln in großem Umfang geschützte Wälder in Rumänien abgeholzt werden.⁷⁶

Křetínskýs Holding nutzt diese Lücken im Regelwerk der EU und betreibt eine Biomassewirtschaft, die weit davon entfernt ist, nachhaltig zu sein. Ein Beispiel ist das Kraftwerk Lynemouth in Großbritannien, seit 2016 im Besitz von EPH. Die Anlage wurde von Kohle auf Biomasse umgestellt und verbrennt Holzpellets des US-Unter-

nehmens Enviva, das an der großflächigen Abholzung gesunder Bäume in North Carolina und Georgia beteiligt ist.⁷⁷ Darüber hinaus bezieht EPH für Lynemouth Subventionen von der britischen Regierung, im Jahr 2020 in Höhe von 195 Millionen Pfund.

Statt überschüssiges Holz zu verwenden, verheizt Křetínský in mehreren seiner Kraftwerke gesunde Bäume und trägt so zur Verschärfung der Klimakrise bei. In Zukunft soll das „Biomassaker“ an den Wäldern auf andere Länder ausgedehnt werden: Die Biomasse soll auch im Kraftwerk Fiume Santo in Italien sowie in Tschechien im Wärmekraftwerk Komořany und im Elektrizitätswerk Opatovice zum Einsatz kommen.

Die Waldschutz-NGO Fern hat vor kurzem die erhellende Studie „A carbon bomb in the heart of Europe“ herausgegeben, die wir auf Tschechisch publiziert haben.⁷⁸ **Durch die Verbrennung von Biomasse kann EPH seine CO₂-Emissionen verbergen – mit Hilfe einer „kreativen“ Kohlenstoffbilanzierung. Die Europäische Union stuft Biomasse als kohlenstoffneutrale Ressource ein, die deshalb nicht dem Emissionshandelssystem (ETS) unterliegt. Laut Schätzungen der Studie wird EPH allein 2022 mehr als vier Millionen Tonnen Holz verbrennen, wodurch über sechs Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen werden. 2021 haben die Unternehmen der Holding eigenen Angaben zufolge 21 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen.⁷⁹ Daraus ergibt sich, dass EPH mit der Verbrennung von Biomasse ein Viertel der ausgewiesenen Emissionen von 27 Millionen Tonnen CO₂ versteckt.**

Umweltschädliche Abfallwirtschaft: Křetínskýs Deponien und Müllverbrennungsanlagen

Angesichts seiner klimaschädlichen Aktivitäten könnte Daniel Křetínskýs Einfluss auf die Umwelt im Bereich Abfallwirtschaft fast übersehen werden: Als einer der Hauptaktionäre hält er knapp 30 Prozent der Anteile beim größten tschechischen Entsorgungsunternehmer AVE CZ. Die meisten weiteren Aktien gehören Personen mit Verbindungen zum viertreichsten Tschechen – über ein undurchsichtiges Geflecht an Firmen mit Sitz auf der Steueroase Zypern.⁸⁰

AVE CZ ist einer der größten tschechischen Deponiebetreiber. Das Unternehmen besitzt acht große Deponien überwiegend in der Region Mittelböhmen rund um Prag.⁸¹ Mülldeponien sind die schmutzigste, aber auch die billigste und rentabelste Art der Abfallbeseitigung. Die Tschechische Republik zählt in dieser Hinsicht zu den Schlusslichtern in der Europäischen Union, denn fast die Hälfte aller Abfälle landet auf der Deponie. Die Europäische Kommission hat jedoch klare Ziele für die Abfallwirtschaft festgelegt: Bis 2025 sollen 55 Prozent aller kommunalen Abfälle recycelt werden, bis 2030 dann 60 Prozent und bis 2035 bis zu 65 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt dürfen nur noch bis zu 10 Prozent aller Abfälle auf Deponien landen.⁸² Wir sind noch weit entfernt davon, diese Anforderungen zu erfüllen.

Die Europäische Union hat eine Abfallhierarchie geschaffen, die erhebliche Deponiegebühren vorsieht. Wie jedoch Beweismittel der Polizei zeigen, unterläuft AVE CZ diese Vorschriften wahrscheinlich schon seit langem und zahlt vorsätzlich weniger Abfallgebühren. Seit August 2022 wird daher gegen das Unternehmen ermittelt. Laut polizeilichen Angaben hat AVE CZ tschechische Kommunen und den

Staat über Jahre hinweg systematisch um 3,7 Milliarden Kronen (ca. 156,3 Millionen Euro) betrogen.⁸³ Dabei sind Deponiegebühren eines der wichtigsten Instrumente, die zur Reduktion der Deponien in Europa und zum Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft beitragen sollen.

Um Recycling steht es in der Tschechischen Republik nicht gut und das hauptsächlich wegen des Einflusses großer Firmen. Eine zentrale Rolle spielt dabei AVE CZ.

Unter der Regierung von Andrej Babiš wurde ein Gesetz verabschiedet, dass es Städten, Gemeinden und staatlichen Behörden unmöglich macht, rückwirkend Gebühren einzuziehen – eine auffällige Hilfestellung zur Legalisierung des bis dahin ungesetzlichen Vorgehens von AVE CZ. Zwanzig Senatoren lehnten das Gesetz ab und fochten die entsprechenden Abschnitte vor dem Verfassungsgericht an. Die Entscheidung steht bislang noch aus.⁸⁴

Unlautere Methoden im Bereich der Mülldeponien sind nicht die einzigen fragwürdigen Vorkommnisse im Zusammenhang mit Daniel Křetínskýs Abfallgeschäft. Die zweitschlimmste Möglichkeit der Abfallbewirtschaftung ist die Verbrennung – ein Bereich, in dem AVE CZ ebenfalls aktiv ist. Das Unternehmen besitzt eine Verbrennungsanlage in Kralupy nad Vltavou und will seit über zehn Jahren eine Verbrennungsanlage für Sondermüll in Rybitví bei Pardubice bauen – trotz starken Widerstands aus den Reihen der Anwohner, der umliegenden Gemeinden und der Regionalbehörden.⁸⁵ In der Vergangenheit hat AVE CZ die erforderlichen Genehmigungen nicht erhalten, doch mit einer neuen Strategie versucht sie seit Februar 2022, das Projekt wiederzubeleben.⁸⁶

Auch im Ausland plant Křetínský den Bau von Verbrennungsanlagen: am Standort des Braunkohlemeilers Jänschwalde in Brandenburg sowie in Großbritannien

beim Kraftwerk South Humber Bank.⁸⁷ Das Gebaren von AVE CZ ist somit ein weiterer Beleg für die Funktionsweise von Křetínskýs Unternehmen.

Vom Kohle- zum Solarbaron: Transformation für die Menschheit oder im Interesse der Unternehmen?

Wie die meisten Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie gibt sich EPH in der Öffentlichkeit einen „grünen Anstrich“. Křetínskýs Holding präsentiert sich in der Öffentlichkeit als Partner beim Übergang zu kohlenstofffreier Energie und als Teil zur Lösung der Klimakrise. Im August 2021 kündigte EPH den Ausstieg aus der Kohleverbrennung an. Tatsächlich hat die Sache einen großen Haken: In Deutschland, wo sich die meisten ihrer Kohlebetriebe befinden, will die Holding bis ins Jahr 2038 weiter Kohle verfeuern – ein eklatanter Verstoß gegen die europäischen und globalen Klimaschutzziele.⁸⁸

2022 gab das Unternehmen das vage Ziel aus, „bis ins Jahr 2050 klimaneutral zu sein“.⁸⁹ Zeitgleich mit geplanten Investitionen in die weitere Entwicklung klimafeindlicher Infrastruktur verkündete EPH auch, in erneuerbare Energien investieren zu wollen. Ein Großteil der Kapazitäten (bis zu 7 Gigawatt) soll demnach in der Lausitz entstehen, wo die Tochtergesellschaft LEAG bis 2030 eine „GigawattFactory“ mit Photovoltaik- und Wind-Anlagen auf den ehemaligen Bergbauflächen realisieren will.⁹⁰ Doch was steckt tatsächlich hinter der grünen Rhetorik und den Investitionen des Fossilgiganten in saubere Ressourcen?

EPH investiert in erneuerbare Energien, um an öffentliche Gelder zu gelangen und sich die Kontrolle über zukünftige Märkte zu sichern. Ganz offensichtlich will

die Holding damit aber nicht ihre fossilen Aktivitäten ersetzen, sondern diese sogar noch erweitern. Deshalb gelten die Dekarbonisierungspläne des Unternehmens als die schlimmsten aller großen europäischen Energieerzeuger.⁹¹ Greenwashing-Investitionen dienen als ideologischer Deckmantel für die Strategie des Unternehmens, die Dekarbonisierung zu verzögern und dafür zu sorgen, dass sie das – für den Planeten absolut zerstörerische – Geschäft der gesamten Holding nicht gefährdet.

Gleichzeitig ist es typisch für große fossile Konzerne, die Aufgabe der fossilen Ressourcen hinauszuzögern und zu versuchen, in der gegenwärtigen Energiewende das Beste aus den neuen Ressourcen herauszuholen – Shell z. B. verhält sich genauso.⁹² Das ist problematisch, weil dadurch eine schnelle Dekarbonisierung verhindert wird, wie sie die internationalen Klimaziele vorsehen – ein Szenario, das die Koalition aus fossilen Unternehmen und Großbanken Billionen Dollar kosten könnte.⁹³ Dank dieser Taktik behalten mächtige Player die Kontrolle und behaupten auf Kosten der Gesellschaft und der Umwelt ihre Position.

Kohlebarone werden zu Solarbaronen, indem sie ihr fossiles Kapital in Erneuerbare Energien investieren. Die ungleiche Marktstruktur, beherrscht von einem Oligopol aus einigen privaten, maximal profitorientierten Akteuren, bleibt jedoch unverändert. Die Haushalte, Gemeinden und Regionen profitieren nicht von dem Potential zur Demokratisierung und Dezentralisierung, das die neuen Technologien mit sich bringen. Statt einen Schritt in die Energieunabhängigkeit zu tun, sind die Verbraucher weiterhin der Dominanz gigantischer, extraktiver Akteure ausgeliefert. Für viele Analysten ist die starke Machtkonzentration privater Akteure die Hauptursache der gegenwärtigen

Krisen.⁹⁴

Ein Dekarbonisierungsmodell, das auf Subventionen für große, extraktive und profitorientierte Player basiert, ist zum Scheitern verurteilt. Es ist nicht in der Lage, ausreichende Investitionen in saubere Energie zu gewährleisten, geschweige denn in die Übertragungsnetzwerke und Speicher, die für eine gerechten Transformation erforderlich sind.⁹⁵ Erneuerbare Ressourcen in der Hand kleinerer Akteure, Haushalte, Gemeinden, kleiner und mittlerer Unternehmen können folglich nicht wirksam mit den Fossil-Oligopolen konkurrieren, weil diese Giganten wirksam ihre Marktmacht und ihren Einfluss auf den Staat und die Bürokratie ausspielen, um die Kontrolle über das System zu behalten.⁹⁶

Um einen echten Wandel herbeizuführen, muss das Energiewirtschaftssystem von der Kontrolle der fossilen Giganten befreit werden. Energie muss als strategischer Sektor wieder der Kontrolle der Allgemeinheit unterliegen: ob nun durch ihre Demokratisierung und Dezentralisierung zugunsten von Haushalten, Gemeinden und Kommunen oder durch die Rückübertragung der Energieinfrastruktur in Staatsbesitz.⁹⁷

Wer zahlt? Finanzinstitute halten dem Fossilkapital die Stange

EPH und Křetínskýs andere Unternehmen genießen in der Finanzwelt nach wie vor einen guten Ruf. Große europäische Bankinstitute sowie Banken aus dem Osten haben keine Scheu, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Im Gegensatz zu Unternehmen wie Sev.en Energy oder ČEZ hatte EPH bisher keine Probleme, Finanzierungen für seine klimafeindlichen Investitionen zu erhalten.⁹⁸ **Wenn wir die schlimmsten Konsequenzen der**

Křetínský und die Masaryk-Universität

Daniel Křetínskýs Geschäft beruht neben der für ihn so vorteilhaften Zusammenarbeit mit Regierungen auch auf Beziehungen zur akademischen Welt. EPH ist Sponsor der Masaryk-Universität Brno, genauer der juristischen Fakultät. Dort hat Křetínský selbst seinen Studienabschluss erworben. Die Kooperation beschränkt sich nicht nur auf Geldspenden: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Holding unterrichten regelmäßig an der Fakultät, Studierende wiederum absolvieren Praktika in dem Unternehmen. Trotz Protesten von Universitätsangestellten und Studierenden läuft die Zusammenarbeit zwischen dem Energiekonzern und der Hochschule nun schon seit fünf Jahren. Daniel Křetínský verschafft sich auf diesem Weg eine Personalbasis für seine Rechtsabteilung und nutzt das akademische Umfeld zu seinem Vorteil.



Klimakrise abwenden wollen, müssen die Finanzinstitute die Unterstützung für die EPH-Kohleleimer einstellen. Sie dürfen sich nicht länger am geplanten Ausbau der Gasinfrastruktur, der Müllverbrennung, dem klimafeindlichen Wirtschaften mit der Biomasse und anderen unethischen Tätigkeitsbereichen von Křetínskýs Unternehmen beteiligen.

EPH bekommt Unterstützung von Banken ...

EPH kann dank der guten Zusammenarbeit mit Finanzinstituten und deren Unterstützung florieren. Die Banken sehen in Daniel Křetínskýs Aktivitäten keine Gefahr für das Klima und haben daher keine Bedenken, ihm große Geldsummen zu leihen. Ein ikonisches Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Banken und der Holding ist ein Kredit aus dem Januar 2020, als ein Bankenkonsortium EP Infrastructure bis zu 800 Millionen Euro (etwa 19,5 Milliarden Kronen) für den Geschäftsbetrieb gewährte.

Laut Angaben der Organisation Bank Track waren neben der bereits erwähnten Bank of China (90 Mio. Euro) auch tschechische Banken an der Transaktion beteiligt, in erster Linie die UniCredit Bank (75 Mio. Euro), die zur Société Générale gehörige Komer n  banka (65 Mio. Euro), die  SOB aus der belgischen KBC Group (55 Mio. Euro) sowie die  esk  spořitelna aus der Erste Group (16 Mio. Euro). Das Darlehen wurde von den slowakischen Banken Slovensk  spořitelna aus der Erste Group (49 Mio. Euro), der zur Raiffeisenbank gehörigen Tatra banka (17 Mio. Euro) sowie anderen Großbanken (HSBC, Commerzbank und ING) mitgetragen.⁹⁹

Zu einer ähnlichen Situation kam es ein Jahr später. Im April 2021 gewährte ein Bankenkonsortium EPH-Firmen einen noch gro z ugigeren Betriebskredit im

Wert von einer Milliarde Euro. Die Schlüsselrollen spielten dabei die UniCredit Bank und die tschechische Komer n  banka.¹⁰⁰ Letztere verteidigte die Transaktion über ihren offiziellen Twitter-Account¹⁰¹ mit dem Hinweis darauf, dass EPH laut der Vorgaben von Mutterkonzern Société Générale kein Kohleunternehmen sei und der Kredit demnach nicht an die Kohleindustrie gehe. Eine Analyse des Anthropocene Fixed Income Institute offenbarte jedoch genau das Gegenteil: Das Geld aus dem Darlehen landete im Kohlesektor und floss unter anderem in den Ausbau der Gasinfrastruktur durch EPH-Firmen.¹⁰²

Die Daten von BankTrack zeigen, dass EPH langfristig und regelmäsig mit den Banken Société Générale (Komer n  banka), Erste Group ( esk  spořitelna) und UniCredit Bank zusammenarbeitet.¹⁰³ Von tschechischer Seite zählt in kleinerem Umfang auch J&T BANKA zu den Helfern der Holding, die Bank unterstützte das Unternehmen bei der Zeichnung von Anleihen im Wert von über einer Milliarde Kronen.¹⁰⁴

Obwohl EPH zu den gr o ten Kohleunternehmen in Europa gehört und die weitreichendsten Pläne über den Ausbau der Gasinfrastruktur unter allen europäischen Energieversorgern hegt, steht es bei Banken hoch im Kurs – gerade bei Instituten, die Klimaschutz fordern und sich damit brüsten, lediglich „Verpflichtungen“ gegenüber Kohle- und Fossilunternehmen einzuhalten. Darüber hinaus stellt die Holding mit ihrem Vorgehen eine Verbindung zwischen westlichem und östlichem Kapital her und unterstützt Bankinstitute aus dem autoritären China dabei, sich auf dem europäischen Markt zu etablieren. Wenn der Finanzsektor als Akteur im Klimaschutz ernst genommen werden will, muss er die Zusammenarbeit mit EPH und den weiteren Firmen von Daniel Křetínsk  beenden.

... und von Versicherungen

Während die Zusammenarbeit von EPH und dem Bankensektor gut dokumentiert ist, lässt sich die Verbindung zu Versicherungsunternehmen nicht so leicht nachvollziehen. Die EPH-Tochtergesellschaft EP Energy führte bis ins Jahr 2017 in ihren Jahresberichten regelmäßig die Hauptversicherer Generali und Allianz an – seither jedoch tauchen diese Informationen nicht mehr in den Berichten auf.¹⁰⁵ Im Jahr 2020 sagte Elisabeth Stadler, Generaldirektorin der Vienna Insurance Group (in Tschechien Kooperativa und ČPP) in einem Interview mit

dem tschechischen Internetportal Euro.cz, dass EPH zu den Klienten der Versicherung zähle.¹⁰⁶ Mindestens drei internationale Versicherungsgesellschaften, die in Ländern tätig sind, in denen auch EPH in größerem Umfang aktiv ist, haben also in der jüngeren Vergangenheit Daniel Křetínskýs Business versichert.

Wir haben mehrmals – zuletzt im Frühling 2022 – bei den drei Versicherungen angefragt, ob EPH oder Tochterfirmen des Unternehmens unter ihren Versicherungsnehmern sind. Eine Antwort kam lediglich von der Allianz. Demnach habe sie

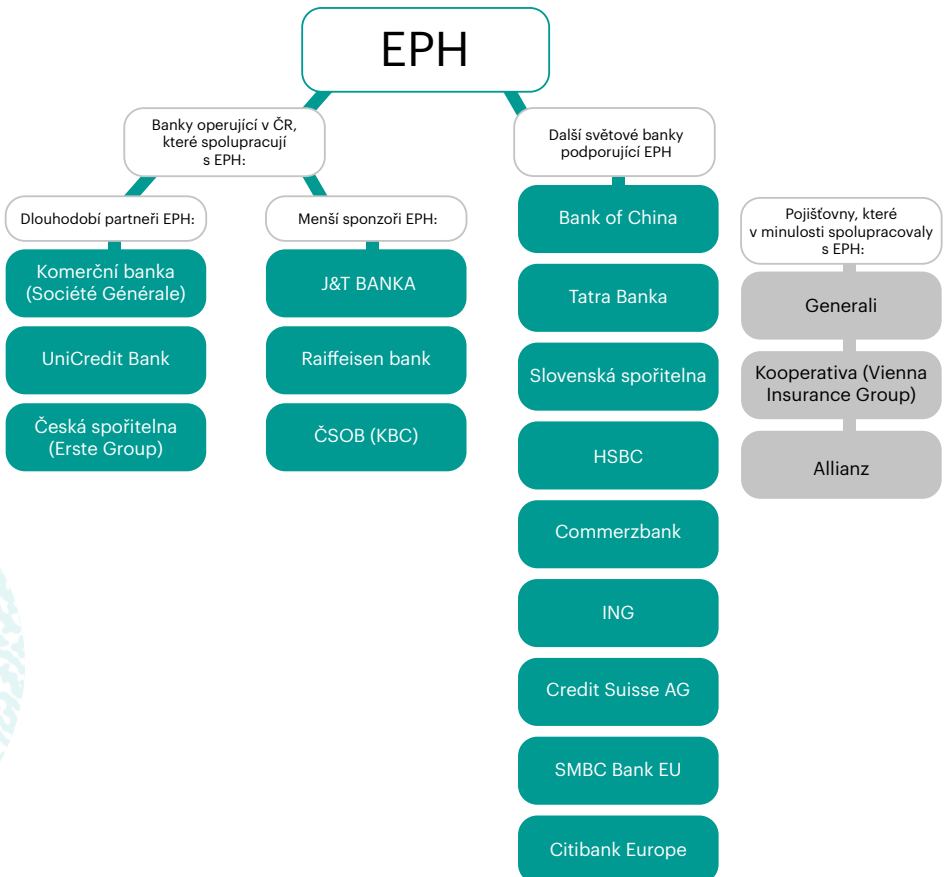


Abbildung 3: Mit dem EPH verbundene Finanzinstitute

keine Projekte des Unternehmens in ihrem örtlichen Portfolio – was bedeutet, dass die deutsche Versicherungsgesellschaft keine EPH-Projekte in Tschechien versichert. Über andere Länder liegen uns keine Informationen vor. Die Gesellschaften Generali und Kooperativa teilten mit, keine Informationen über Rechtspersonen herauszugeben, mit denen sie zusammenarbeiten. Mit anderen Worten: Die Zusammenarbeit der Versicherer mit EPH läuft höchstwahrscheinlich weiter wie bisher. Business as usual. Diese Hypothese wird von der Tatsache untermauert, dass alle drei genannten Versicherungen nach der erfolgreichen Kampagne „Schluss mit dem schmutzigen Geld“ im Jahr 2021 ihre Zusammenarbeit mit den Firmen Sev.en Energy und ČEZ im Kohlesektor für beendet erklärten. Über EPH fiel dabei jedoch kein Wort.

EPH muss Einhalt geboten werden

EPH ist ein Paradebeispiel für die Oligarchisierung der Gesellschaft in westlichen Demokratien. Es illustriert, wie sich die Macht in den Händen einer immer kleineren Elite konzentriert. Diese Machtkonzentration ist wiederum eine Gefahr für die Gesundheit unserer Gesellschaft, der Demokratie und des ganzen Planeten. Großkonzerne durchdringen den Staatsapparat, beugen Regeln zu ihren Gunsten und tragen zu wachsender Ungleichheit und Umweltzerstörung bei. Die Vereinnahmung der Staaten durch die Macht des fossilen Kapitals untergräbt die Fähigkeit von Demokratien, im entscheidenden Jahrzehnt wirksam auf die existenzielle Herausforderung des 21. Jahrhunderts – die Klimakrise – zu reagieren.



Europäische Maßnahmen

1. Ein Ende der Gasimporte aus Russland und eine Beschleunigung der Energiewende

Einer der ersten Schritte sollte ein Verbot aller Importe von fossilen Brennstoffen aus Russland sein: Mit Gas und Öl bezahlt Wladimir Putin seine Invasion in der Ukraine. Ein Verbot der Gasimporte würde sowohl Putins Russland schwächen wie auch die Gewinne von EPH beschneiden, das an den Gastransporten nach Europa beständig mitverdient. Entscheidend ist außerdem die konsequente Durchsetzung des RePower-Europe-Pakets, das die Europäische Union aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland befreien und die Energiewende beschleunigen soll. Insbesondere muss so schnell wie möglich der Ausbau erneuerbarer Energien und die Wärmedämmung von Wohnungen vorangetrieben werden. Diese Ressourcen und Technologien können die alten fossilen Brennstoffe sehr schnell ersetzen.

2. Verbot von Lobbyarbeit und Werbung für fossile Brennstoffe

Die Lobbyarbeit von Großkonzernen ist einer der Hauptgründe für das Scheitern der ehrgeizigen EU-Klimapolitik. Wie Analysen des Corporate Europe Observatory zeigen, konzentrieren sich die Lobbyisten von Großunternehmen heute zuvorderst auf die Klimapolitik.¹⁰⁷ Um den Planeten zu retten, sollte die Lobbyarbeit für fossile Brennstoffe verboten und die Macht von Konzernen wie EPH eingedämmt werden. Die Zerstörung des Klimas darf kein öffentlich beworbenes Geschäftsfeld sein. Der Zugang von fossilen Unternehmen, zu den EU- und anderen Regierungsinstitutionen muss widerrufen werden, beginnend mit dem sofortigen Entzug

ihrer Lobbying-Badges.¹⁰⁸ Die Möglichkeit zur Beeinflussung der öffentlichen Debatte mittels Werbung durch die hochgradig schädliche Industrie der fossilen Brennstoffe muss reguliert werden.¹⁰⁹

3. Kampf den Steueroasen

Eine Einkommensquelle für EPH sind Steueroasen, mit deren Hilfe sie Steuern umgeht. Dadurch fehlt den Staaten Geld, um u. a. eine gerechte Transformation zu beschleunigen. Die Oligarchen hingegen verfestigen ihre Macht. Wir halten den europaweiten Kampf gegen Steueroasen für unerlässlich, um die Oligarchie zu schwächen und den Bürgern der Europäischen Union ein gerechtes Einkommen zu sichern.

4. Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag

Der Energiecharta-Vertrag fungiert insbesondere durch das internationale Schiedsgerichtsverfahren als Schutzmechanismus für die fossile Brennstoffindustrie.¹¹⁰ Auch EPH nutzt diese Mechanismen, um den Kohle- und Gasausstieg zu verzögern. Die gesamte EU sollte aus dem Energiecharta-Vertrag aussteigen und die Schiedsgerichtsbarkeit als legitimes juristisches Verfahren so schnell wie möglich abschaffen.

5. Schluss mit der Unterstützung für Erdgas und klimafeindliche Biomasse

Die Taxonomie für nachhaltiges Wirtschaften sieht nach wie vor Unterstützung für diverse Gasprojekte vor – und fördert damit womöglich auch den Ausbau der Gasinfrastruktur, einschließlich der Geschäfte von EPH. Die Herausnahme von Gas aus den europäischen Richtlinien ist ein notwendiger Schritt, um die Energiewende zu beschleunigen. Genauso wichtig ist

eine Neudefinition von nachhaltiger Biomasse, damit Unternehmen für die Verbrennung gesunder Bäume keine Subventionen mehr erhalten. Beenden wir die Praxis, die tatsächlichen Emissionen durch die Mitverbrennung von Biomasse in Kohle- und Gaskraftwerken zu verschleiern.

6. Mehr Staatsbesitz statt Marktliberalisierung

Die Europäische Union sollte die Politik der Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung der Energiemärkte beenden: Die neoliberalen Maßnahmen haben die gesteckten Ziele nicht erfüllt. Statt die Märkte zu dezentralisieren und die Preise zu senken, haben sie das Eigentum in den Händen oligarchischer Firmen konzentriert und für einen massiven Preisanstieg auf Kosten der Verbraucher gesorgt. Wir befürworten die Übernahme von Übertragungsnetzen und anderer wichtiger Infrastrukturen durch die öffentliche Hand auf kommunaler und staatlicher Ebene. Eine starke Position des öffentlichen Sektors im Energiebereich kann erfolgreich zur Dekarbonisierung beitragen, die Energiekrise mildern und die Verbraucherpreise senken.¹¹¹

Nationale Maßnahmen

1. Keine Subventionen mehr für die fossile Industrie

Die Geschäfte von EPH basieren auf einer vorteilhaften Zusammenarbeit mit Nationalstaaten. Die Holding profitiert, denn sie erhält Kompensationsszahlungen für die Schließung von Kohlekraftwerken, außerdem Steuererleichterungen, günstige Darlehen oder Direktsubventionen für die Verbrennung fossiler Kraftstoffe.

Die Kooperationen mit der gesamten fossilen Industrie müssen gekappt werden und die Gelder stattdessen

in eine ökologisch saubere Wirtschaft fließen.

2. Beschränkter Einfluss von Oligarchen auf Medien

Massenmedien im Besitz von Oligarchen deformieren die öffentliche Debatte und gefährden die Pressefreiheit. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Einfluss zu verringern: Interessenskonflikte müssen offen gelegt, der Besitz von Massenmedien durch Personen oder Firmen mit umfassenden wirtschaftlichen und politischen Interessen verboten werden.

3. Kohlesteuer und Dividende

Die Zerstörung des Klimas darf nicht länger ein lukratives Business sein. Nach der Besteuerung von CO₂-Emissionen auf gesamteuropäischer Ebene müssen die Mitgliedsländer mit Kohleabgaben auf nationaler Ebene nachziehen. Diese müssen auch Bereiche umfassen, die nicht vom EU-Emissionshandel gedeckt sind. Damit das Geschäft mit den fossilen Energien am Ende nicht der Verbraucher bezahlt, muss die Bepreisung von Kohlenstoff mit einem System der Kohlenstoffdividende kombiniert und zumindest einen Teil dieses Betrags als pauschaler Bonus in Form von Steuer- oder Energiekostensenkungen den Bürgern zugutekommen. Die Kosten der Umstellung müssen vor allem die größten Verschmutzer tragen, nicht die Verbraucher.¹¹²

4. Die Entwicklung der Erneuerbaren in der Hand von Haushalten und Kommunen

Die Staaten müssen in die schnelle Entwicklung erneuerbarer Energien investieren, die im Besitz von Gemeinden, kleinen und mittleren Firmen, Genossenschaften und dem Gemeinwesen sind. Mit der schnellen

Entwicklung sauberer Energiequellen und der Unterstützung diversifizierter Eigentumsformen bekommen die Menschen die Chance auf Energieunabhängigkeit: Damit wird die entscheidende Kontrolle der Oligarchen über den Sektor geschwächt, und die Verbraucher müssen nicht länger für ihre Abhängigkeit von riesigen fossilen Energiekonzernen bezahlen.¹¹³

5. Energie ist ein Grundrecht – kein Spekulationsobjekt

In einer Gesellschaft, die sich mit Ungleichheit und dem Klimawandel auseinandersetzt, muss Energie ein Grundrecht sein. Um dies umzusetzen, kommen verschiedene Maßnahmen in Frage, die bereits heute praktiziert werden: z. B. die höhere Besteuerung übermäßiger Gewinne oder Sozialtarife.¹¹⁴

6. Energieinfrastruktur in öffentlicher Hand

Die Energie- und Klimakrise sind das Ergebnis einer gescheiterten Privatisierungspolitik und ein Resultat davon, dass strategische Sektoren in profitorientierte Märkte umgewandelt wurden. Angesichts des unmoralischen Verhaltens vieler Unternehmen, nicht nur der Energiekonzerne, erhält eine Gegenbewegung Aufwind: die Rückführung wichtiger Infrastrukturen in öffentliches Eigentum – entweder durch Übernahmen oder durch Enteignung im öffentlichen Interesse. Das Konzept des Privateigentums darf die Bewältigung der Klimakrise nicht blockieren: Wichtige Kraftwerke, vor allem aber Übertragungs- und Verteilungsnetze können wieder in öffentliches Eigentum überführt werden: Die sogenannte Rekommunalisierung betrifft vor allem ehemalige kommunale Versorgungsunternehmen und Netzwerke. Eine stärkere Rolle

des öffentlichen Sektors in der Energiewirtschaft kann zur Dekarbonisierung und letztlich zur Bewältigung der Energiekrise beitragen und den Verbrauchern bezahlbare Energie sichern.¹¹⁵

Der Energiecharta-Vertrag: Fußfessel für den Klimaschutz

Die Energiecharta-Vertrag wurde ursprünglich mit dem Ziel gegründet, nach dem Kollaps der UdSSR den Energiesektor in Ost- und Westeuropa zusammenzuführen. Er definiert im Detail Richtlinien für den Energiehandel, für Investitionen und für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Investoren. Genau dieses Element, die private Schiedsgerichtsbarkeit, die auch die größte Schwachstelle des Vertrags. Das Verfahren behindert die europaweiten Anstrengungen für den Klimaschutz massiv, da es privaten Großunternehmen erhebliche Vorteile verschafft: Sie können Staaten wegen Klimaschutzmaßnahmen und der Regulierung fossiler Brennstoffe verklagen. Dadurch ist ein Parallelsystem entstanden, das absurderweise außerhalb der Rechtsstaatlichkeit steht. Den Konzernen verschafft es eine enorme Macht über demokratisch gewählte Regierungen und die Öffentlichkeit. Die Zukunft des Energiecharta Vertrags ist weiterhin unklar. Die EU stimmte einer „Modernisierung“ des Vertrags bisher nicht zu, nachdem es dafür keine Mehrheit im Europäischen Rat gab. Das Europäische Parlament sprach sich für einen Austritt der EU aus dem Vertrag aus. Umweltorganisationen in ganz Europa drängen auf den Ausstieg aller Mitgliedsstaaten. Deutschland, Frankreich, und Polen sind bereits aus dem Energiecharta-Vertrag ausgetreten, 5 weitere EU-Mitgliedstaaten haben ihren Ausstieg angekündigt. Italien ist diesen Schritt bereits 2016 gegangen.



Schluss: Firmen wie EPH müssen in die Schranken verwiesen werden

Der Einfluss des EPH-Konzerns auf die Klimapolitik, die Energieversorgung und die Qualität der Demokratie in ganz Europa ist der Öffentlichkeit in den letzten Jahren weitgehend verborgen geblieben, da die Medien das Oligopol nur vereinzelt thematisierten. In seiner Größe und seinen Gesamtzusammenhängen wurde das Imperium des viertreichsten Tschechen nicht erfasst: Auf europäischer Ebene herrschte wenig Einsicht, wie die einzelnen Vorgänge in unterschiedlichen Ländern zusammenhängen, während sich im tschechischen Kontext nur wenige der europäischen und globalen Dimension der Problematik EPH bewusst waren.

Wir haben versucht, das Bild in seiner Gesamtheit darzustellen und die wachsende Macht der Holding als bedeutende Bedrohung für die zukünftige europäische Klimapolitik, die soziale Gerechtigkeit und die Demokratie nachzuzeichnen. Der Fokus auf EPH ermöglicht es zudem, die Funktionsweise oligarchischer Strukturen und deren Einfluss auf die Politik von Staaten als auch der Europäischen Union zu veranschaulichen. Das Problem der Oligarchie beschränkt sich nicht auf Andrej Babiš. Am Beispiel EPH zeigt sich auch die Scheinheiligkeit der Banken und Versicherungsgesellschaften – sie behaupten, den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen zu unterstützen, kooperieren aber gleichzeitig mit einem Marktriesen, der unser aller Zukunft bedroht. Die Interessen von EPH sind derzeit eines der größten Hindernisse der europäischen Klimapolitik. Es ist dringend notwendig, diese Tatsache offenzulegen.

Die inhärent miteinander verknüpften Probleme der wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit, der Zerstörung des Planeten und der Krise der Demokratie können nur angegangen werden, wenn wir uns ihren Verursachern entgegenstellen: Großkonzernen wie Daniel Křetínskýs EPH. Wir müssen endlich mutige politische Maßnahmen ergreifen, um ihren Einfluss zu begrenzen. Die Verwirklichung einer sozial und ökologisch gerechteren Wirtschaft ist nicht denkbar, ohne die Macht des Kapitals zu beschneiden und wichtige wirtschaftliche Richtungsentscheidungen in den Bereich der demokratischen Politik zurückzuholen. Das hebt auch die Initiative „Shell Must Fall“ hervor: Shell, EPH und Rohstoffkonzerne im Allgemeinen, deren Kerngeschäft die Gewinnmaximierung auf Kosten der Menschheit und der Natur ist, können nicht Teil einer nachhaltigen und demokratischen Zukunft sein: Solche Unternehmen „müssen fallen“. Eine tatsächlich funktionsfähige Demokratie muss Wege finden, sich ihrer Macht zu entledigen, sie zu demontieren und zu Systemen überzugehen, die auf völlig anderen Prinzipien basieren.¹¹⁶

Wir hoffen, dass dieser Report einen Beitrag zu der breiteren Debatte über den übermäßigen Einfluss oligarchischer Strukturen und ungezügelter Wirtschaftseliten auf unser Leben leistet und den Anstoß für weitere politische Maßnahmen gibt, die sich der Macht von Großunternehmen und dem Kapital entgegenstellen.

STADEN
ROYAL NIC
15 milionů

SOUSED
KOMUN

ENERGIÍ LIDEM!
JESTLI NE TAK
PŘIJDEM

Über Re-set

Re-set: platforma pro sociálně-ekologickou transformaci (Plattform für eine sozial-ökologische Transformation) ist eine tschechische Organisation, die sich mit Forschung, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für eine nachhaltigere und gerechtere Gesellschaft einsetzt. Wir erarbeiten Konzepte für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft und bringen sie an die Öffentlichkeit. Wir erforschen die Ursachen sozialer und ökologischer Probleme und suchen nach Lösungen.

Wir unterstützen Bottom-up-Initiativen und arbeiten mit sozialen Bewegungen zusammen, die für ein gutes Leben für alle in unterschiedlichen Bereichen kämpfen. Wir helfen Menschen dabei, sich zu organisieren und gemeinsam Interessen durchzusetzen. Wir sind Teil der Kampagne „Europe Beyond Coal“. Im Programm „Klimagerechtigkeit“ unterstützen wir durch Forschung und öffentliche Aktionen den schnellen Ausstieg aus der Kohle und anderen fossilen Brennstoffen. Das Ziel ist der Übergang zu einer neuen Energiewirtschaft, die auf dezentralisierten, demokratisch kontrollierten erneuerbaren Ressourcen basiert.

www.re-set.cz
info@re-set.cz

Über die GRÜNE LIGA

Die GRÜNE LIGA ist ein Umweltnetzwerk, das sich 1990 aus den Umwelt- und Friedensgruppen der DDR gründete. Sie ist ein anerkannter bundesweiter Natur- und Umweltschutzverband, der die Eigenständigkeit seiner Mitgliedsgruppen wahrt.

Die Umweltgruppe Cottbus ist im Lausitzer Braunkohlenrevier tätig und fungiert innerhalb der GRÜNEN LIGA als Bundeskontaktstelle zum Thema Braunkohle. Sie hat schon den Widerstand gegen die Abbaggerung von Horno und Lacoma seit den 1990er Jahren begleitet. Später trug unsere Arbeit dazu bei, dass weitere Tagebauvorhaben aufgegeben und Dörfer wie Kerkwitz, Proschim oder Rohne vor der Umsiedlung gerettet wurden. Neben der klimapolitischen Notwendigkeit einer Beschleunigung des Kohleausstieges stehen aktuell Fragen des Wasserhaushaltes und der Folgekosten der Tagebaue im Mittelpunkt unserer fachlichen und politischen Arbeit.

www.kein-tagebau.de
umweltgruppe@kein-tagebau.de

Impressum

Report: *Ein fossiler Energiegigant: Wie Daniel Křetínskýs Unternehmen EPH das Klima zerstört, von Energiearmut profitiert und die Demokratie gefährdet*

Herausgeber: Grüne Liga & Re-set: platforma pro sociálně-ekologickou transformaci, Juni 2023.

Autoren des Beitrags zur LEAG in Deutschland: Jörg Staude, David Dresen, Rene Schuster

Autor des EPH-Berichts von Re-Set: Radek Kubala

Redaktion: Josef Patočka, Rene Schuster, David Dresen, Fabian Hübner

Übersetzung: Annette Kraus

Grafik: von Saten

Satz: Kateřina Holá

Lektorat: Jiří Šimčík, Fabian Hübner

Fotografie: Karolína Poláčková a Petr Zewlakk Vrabec



K R
F O U N D A T I O N

Sie möchten uns unterstützen? Helfen Sie uns mit einer Spende auf der Website www.re-set.cz/daruj

Quellen

- 1 <https://www.leag.de/de/news/details/leag-will-ersatzbrennstoffanlage-in-jaenschwalde-mit-neuen-partnern-realisieren/>
- 2 <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/ausbau-erneuerbarer-energie-woidke-strukturwandel-in-der-lausitz-braucht-schnellere-genehmigungen-9881189.html>
- 3 Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft: Reaktivierungskosten in der Lausitz: Welche Risiken drohen und was jetzt zu tun ist, Juli 2022, https://foes.de/publikationen/2022/2022-06_FOES_Kohle_Folgekosten.pdf
- 4 Fossil Exit 2023: https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2023/04/FossilExit-Lausitz_1_5_Budget-26-04-2023.pdf
- 5 Aurora Energy Research 2022: https://kohlecountdown.de/wp-content/uploads/2022/12/Aurora-Kohleausstiegspfad-und-Emissionen_01122022.pdf
- 6 Daniel Křetínský liegt im Ranking der reichsten Tschechen auf Platz vier, vgl. <https://forbes.cz/kellnerovi-stale-v-cele-a-sedm-novacku-tohle-je-100-nejbohatsich-cechu-za-rok-2022/>
- 7 Im weltweiten Ranking belegt Daniel Křetínský Platz 490, siehe <https://www.forbes.com/billionaires/>
- 8 <https://ember-climate.org/insights/research/limited-utility/>
- 9 <https://www.eustream.sk/sk/o-nas/profil-spolocnosti/>
- 10 <https://re-set.cz/download/Publikace/Klimatick%C3%A1%20bomba%20v%20srdci%20Evropy.pdf>
- 11 Mit der möglichen Kontrolle Daniel Křetínskýs über die PPF Group beschäftigt sich dieser Artikel in Deník N: <https://denikn.cz/874043/dan-si-tuhle-prilezitost-nenecha-ujit-znalci-ppf-nastinuji-jeji-dalsi-vyvoj-s-korunnim-princem-kretinsky/>
- 12 Siehe neben der erwähnten Studie von EBC und Ember auch die Jahresstatistiken über die schmutzigsten Kraftwerke Europas. Křetínskýs Meiler in Deutschland finden sich regelmäßig unter den ersten zehn Plätzen: <https://www.statista.com/statistics/1130859/biggest-polluters-european-union-eu/>
- 13 Siehe Anmerkung 3.
- 14 Die Berechnung beruht auf Daten von Europe Beyond Coal: <https://beyond-coal.eu/coal-exit-tracker/>
- 15 Mit der Strategie von EPH befasst sich u. a. diese wissenschaftliche Studie: <https://www.science-direct.com/science/article/abs/pii/S2214629621001596>
- 16 Siehe Anmerkung 5.
- 17 Siehe Anmerkung 10.
- 18 Siehe Anmerkung 3.
- 19 <https://www.cleanenergywire.org/factsheets/germanys-three-lignite-mining-regions>
- 20 Informationen über den Abriss von Dörfern in Deutschland sammelt z. B. die Initiative „Alle Dörfer bleiben“: <https://www.alle-doerfer-bleiben.de/>
- 21 <https://www.lexxion.eu/en/stateaidpost/the-european-commissions-opening-decision-in-the-german-lignite-phase-out-case-part-i/>
- 22 In den OECD-Ländern sollte der Kohleausstieg Studien zufolge bis ins Jahr 2030 vollzogen sein, vgl. <https://climateanalytics.org/briefings/coal-phase-out/#:~:text=Global%20coal%20use%20in%20electricity,by%202040%20at%20the%20latest>
- 23 Siehe die Pressemitteilung von RWE zur Beschleunigung des Kohleausstiegs: <https://www.rwe.com/en/press/rwe-ag/2022-10-04-agreement-on-coal-phase-out-2030-and-strengthening-security-of-supply-in-the-energy-crisis#>
- 24 Mehr dazu unter <https://www.tydenikhrot.cz/clanek/kretinsky-eph-znovu-spousti-odstavenou-uhelnou-elektarnu-mehrnom-odskodneni-mu-ale-zustane>
- 25 Mehr Informationen darüber, warum steigende Gaspreise für die hohen Energiepreise verantwortlich sind, finden sich unter <https://www.euronews.com/2022/02/03/europe-s-energy-crisis-why-are-natural-gas-prices-soaring-and-how-will-it-affect-europeans>
- 26 Siehe Kapitel 3 Gas-Abhängigkeit und Energiearmut: EPH in einer Schlüsselrolle.
- 27 Davon ist z. B. im bereits verabschiedeten Aktionsplan zur Transformation der Kohleregion Horní Nitra die Rede: <https://prievidza.sk/akcnyplan/>
- 28 Siehe Anmerkung 10.
- 29 Beispielhaft etwa die Kompensationszahlungen für die Stilllegung von Kohlekraftwerken in Deutschland.
- 30 Zum Beispiel in Deutschland, wo die EPH als einzige Firma auch über das Jahr 2038 hinaus Kohle fördern und verbrennen will.
- 31 Eine Gesamtübersicht aller Firmen im EPH-Portfolio findet sich auf der Firmenwebsite <https://www.ephholding.cz/prehled-spolecnosti/#>
- 32 Siehe Anmerkung 3.

- 33 Siehe Anmerkung 3.
- 34 <https://gazzettadimantova.gelocal.it/mantova/cronaca/2021/11/25/news/dibattito-sulla-centrale-convegno-con-costani-e-fridays-for-future-1.40960944>
- 35 <https://www.epholding.cz/en/press-releases/eph-group-to-invest-more-than-eur-2-4-billion-in-a-carbon-free-future-aiming-carbon-neutrality-by-2050/#>
- 36 Die Gründe, weshalb wir keine neue Gasinfrastruktur aufbauen dürfen, behandeln wir in unserem Report „Erdgas: Der Weg in den Klimakollaps“ von 2021: https://re-set.cz/download/Publikace/Fosilni-plyn_Most-do-klima-kolapsu.pdf
- 37 <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050>
- 38 <https://www.greenpeace.org/czech/clanek/17585/co-ovlivnuje-soucasne-ceny-energii-duvody-a-priciny-prehledne/>
- 39 <https://www.e15.cz/byznys/prumysl-a-energetika/kretinskeho-eph-ma-za-sebou-rekordni-poleleti-spolecnost-vydela-mezirocne-o-60-procent-vic-1393920>
- 40 <https://www.epholding.cz/tiskove-zpravy/energeticky-a-prumyslov-y-holding-se-stal-nejvetsi-ceskou-firmou/>
- 41 <https://denikreferendum.cz/clanek/33946-rusky-plyn-je-slepici-snasejici-kretinskemu-zlata-vejce-valka-mu-ji-muze-vzit>
- 42 Siehe Kapitel 5 *Systemische Korruption: Zweifelhafte Abkommen mit Regierungen*.
- 43 Mehr dazu z. B. hier: <https://www.thetimes.co.uk/article/czech-spinx-daniel-kretinsky-left-exposed-by-stake-in-gas-pipeline-from-russia-tgsbgs9pj>
- 44 <https://www.euro.cz/clanky/kdo-jsou-kretinskeho-spoluinvestori-vedle-australanu-i-cinane-a-nemecti-zubari-1477605/>
- 45 Siehe Kapitel 9 *Vom Kohle- zum Solarbaron: Transformation für die Menschheit oder im Interesse der Unternehmen?*
- 46 Zur gesamten Transaktion vgl. z. B. hier: https://ceskapozice.lidovky.cz/tema/cez-prodal-mibrag-pod-cenou.A110905_102800_pozice_34721
- 47 <https://zpravy.aktualne.cz/domaci/cez-dal-za-doly-mibrag-206-milionu-prodal-za-130/r-i:article:748647/>
- 48 <https://www.eustream.sk/sk/o-nas/nasa-spolocnost/vedenie-spolocnosti/manazment-spolocnosti/>
- 49 <https://tscr.cz/kontakty/>
- 50 <https://www.transparency.org/en/corruptionary/revolving-door>
- 51 <https://uncaccoalition.org/beyond-the-scandals-the-status-of-revolving-doors-in-the-eu/>
- 52 https://www.idnes.cz/ekonomika/zahranicni/slovensko-koupilo-od-eph-firmu-spp.A130904_151530_eko-zahranicni_neh
- 53 <https://zpravy.aktualne.cz/ekonomika/ceska-ekonomika/obchod-s-plynem-kretinsky-si-od-fica-koupil-klid/r-i:article:769334/>
- 54 <https://ekonom.cz/ci-64397180-kretinsky-prestehoval-firmu-z-kypru-do-lucemburska-je-to-otazka-prestize>
- 55 <https://ct24.ceskatelevize.cz/domaci/1744846-panama-papers-s-ceskou-ucasti-kretinsky-kellner-lobbiste-a-solarnici>
- 56 <https://www.ceskenoviny.cz/zpravy/eph-presune-svou-ep-commodities-kvuli-dani-z-neocekavanych-zisku-do-zahranici/2281224>
- 57 <https://www.novinky.cz/clanek/zahranicni-evropa-miliardar-kretinsky-koupil-zamecek-u-parize-u-dela-z-nej-luxusni-hotel-40407511>
- 58 <https://rsf.org/en/index>
- 59 Mehr unter <https://rsf.org/en/country/czech-republic>
- 60 Alle Medientitel von CNC siehe <https://www.cncenter.cz/tituly>
- 61 Zum Beispiel hier: <https://twitter.com/MarekStonis/status/1585591035446677505>
- 62 Zum Beispiel unter <https://www.info.cz/nazory/dukazu-ze-nas-zeleny-taliban-zatah-na-okraj-propasti-pribyva-prvni-zeme-eu-vydala-varovani-pred-blackouty>
- 63 Zum Beispiel unter <https://www.reflex.cz/clanek/komentare/66618/cesti-ekoteroriste-uz-spocitali-kolik-volkswagen-zadusil-lidi-a-kolik-zabili-oni.html>
- 64 Zum Beispiel hier: <https://twitter.com/MirekTopolaneck/status/1549276267966603264>
- 65 https://www.irozhlas.cz/zpravy-svet/daniel-kretinsky-investice-francie-denik-liberati-on_2209202133_zuj
- 66 https://www.irozhlas.cz/zpravy-svet/denk-le-monde-daniel-kretinsky-pigasse-francie-czech-media-invest-novinari_1909240752_jgr
- 67 <https://www.mediaguru.cz/clanky/2018/04/kontroverzni-a-nenasytny-pise-francouzsky-tisk-o-kretinskem/>
- 68 <https://denikreferendum.cz/clanek/33910-kretinsky-ohrozuje-nasi-nezavislost-pise-redakce-francouzskoho-marianne>
- 69 Diese Informationen kamen am 5. September 2019 durch Nabil Wakims Artikel „Energie: la mémoire sélective de M. Kretinsky“ in der Printausgabe von Le Monde ans Licht.

70 Mit diesem Thema beschäftigen sich z. B. die Historiker Naomi Oreskes und Erika Conway in
ihrem investigativen Buch „Merchants of Doubt“, vgl. <https://www.merchantsofdoubt.org/>

71 Vertieft dazu Vojtěch Pecka in einer Artikelserie für A2larm unter <https://a2larm.cz/2022/06/kam-zmizelo-globalni-oteplivani-uvod-do-klimaskepticke-patafyziky/>

72 Die Studie ist auf Englisch abrufbar https://www.fern.org/fileadmin/uploads/fern/Documents/2022/Fern_-_A_carbon_bomb_in_Europe_-_EPH_biomass_business.pdf

73 <https://biomasaker.wolf.sk/>

74 https://biomasaker.wolf.sk/files/Analiza_biomasa_skratena_april_2014.pdf

75 https://corporateeurope.org/sites/default/files/2020-05/BBI-report-final_0.pdf

76 <https://www.nytimes.com/interactive/2022/09/07/world/europe/eu-logging-wood-pellets.html>

77 <https://www.cbsnews.com/news/wood-pellets-renewable-energy-source-critics/>

78 Siehe Anmerkung 57

79 Vgl. EPH-Sustainability Report 2021

80 Vgl. zu den Eigentumsverhältnissen der Firma AVE CZ: <https://www.ekonews.cz/kdo-vlastni-stihanou-firmu-ave-cz-kretinsky-prazak-i-namestkyne-ministra-spravedlnosti/>

81 Mehr unter <https://www.ave.cz/cs/provozovny>

82 Vgl. die EU-Abfallziele unter <https://www.europarl.europa.eu/austria/de/aktuell-presse/meldungen/2020-meldungen/dezember-2020/pr-2020-dezember-1.html>

83 Hintergründe zum Ermittlungsverfahren gegen AVE CZ vgl. hier <https://www.seznamzpravy.cz/clanek/domaci-kauzy-ohnuli-zakon-a-obrali-mesta-o-miliardu-policie-popsala-problem-odpadove-firmy-213014>. Vgl. auch die Reportage der Magazinreihe „Reportéři ČT“ im tschechischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen Česká televize: <https://ct24.ceskatelevize.cz/domaci/3369642-reporteri-ct-hra-o-miliardu-policie-proveruje-kretinskeho-skladkovou-firmu-ave>

84 Vgl. die gesamte Verfassungsbeschwerde der Senatoren unter https://www.usoud.cz/fileadmin/user_upload/Tiskova_mluvci/Navrh/Pl_US_21_21_navrh

85 <https://www.proti-spalovne.cz/>

86 Hintergründe zu dem Fall siehe <https://denikreferendum.cz/clanek/33696-plan-spalovny-v-rybitvi-se-znovu-vynoril-ze-zahrobi-vznikne-nebo-nevznikne>

87 https://www.biofit-h2020.eu/policy_conference/BIOFIT_IndustrySession_FossilPowerandCHP_3_Leadingenergytransition_EPH.pdf

88 <https://cesky.radio.cz/eph-prestane-do-roku-2030-pouzivat-uhli-pro-elektřinu-a-teplo-vyjmkou-nemecko-8725315>

89 <https://www.ephholding.cz/tiskove-zpravy/skupina-eph-bude-do-roku-2050-uhlikove-neutralni-a-planuje-investice-do-bezuhlíkové-budoucnosti-za-vice-nez-24-miliardy-euro/>

90 <https://www.jtbank.cz/svet-ocima-banky/1188017-eph-dcerina-spolecnost-leag-predstavila.html>

91 Siehe Anmerkung 3.

92 <https://futurebeyondshell.org/the-shell-game/> sowie <https://nymag.com/intelligencer/2020/03/shell-climate-change.html>.

93 <https://www.theguardian.com/environment/ng-interactive/2021/nov/04/fossil-fuel-assets-worthless-2036-net-zero-transition>

94 Siehe z. B. die Studie des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den öffentlichen Dienst (EPSU) „The failure of energy liberalisation. Going Public: A Decarbonised, Affordable and Democratic Energy System for Europe“ unter https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Going%20Public_EPSU-PSI-RU%20Report%202019%20-%20EN.pdf.

95 Siehe die Studie der Trade unions for energy democracy „Energy transition: are we winning?“ unter <https://www.unionsforenergydemocracy.org/working-papers/energy-transition-are-we-winning-sowie-„Preparing-a-public-pathway: confronting the investment crisis in renewable energy“> <https://www.unionsforenergydemocracy.org/working-papers/preparing-a-public-pathway>

96 Siehe die Studie der Trade unions for energy democracy „Transition in trouble? The rise and fall of community energy in Europe“: <https://www.unionsforenergydemocracy.org/working-papers/wp13>

97 <https://re-set.cz/download/Publikace/Cesty-k-pravu-na-energiu.pdf>

98 Mehr zu den Problemen von ČEZ, Versicherer zu finden unter <https://denikn.cz/868006/cez-se-spojil-s-ropnymi-giganty-pridal-se-do-klubu-spinavcu-ktere-nechce-nikdo-pojistit/?ref=tit1>

99 Die Daten stammen aus den Datenbanken von IJ Global und Global Coal Exit List. Re-set hat Zugriff auf die Details der Transaktion.

100 <https://www.ephholding.cz/tiskove-zpravy/skupina-eph-uzavrela-financovani-ve-vysi-1-miliardy-eur-se-skupinou-mezinarodnich-bank/#>

101 Vgl. die gesamte Diskussion auf Twitter https://twitter.com/reset_platforma/status/1377588059634548746

102 https://img1.wsimg.com/blobby/go/946d6aac-e6cc-430a-8898-520cf90f5d3e/AFII_LigniteRevol-ver-0004.pdf

103 <https://www.banktrack.org/company/eph>

104 <https://archiv.hn.cz/c1-67096840-cesti-a-slovensti-miliardari-vydavaji-dluhopisy-za-miliardy-duvo->

dem-je-refinancovani-i-expanze

- 105 Vgl. etwa den Jahresbericht 2017 unter https://www.epenergy.cz/wp-content/uploads/EPE_report_4Q2017.pdf
- 106 <https://www.euro.cz/clanky/sefka-sefka-vig-stadlerova-zmena-klimatu-postihuje-i-pojistovnictvi-1478677/>
- 107 <https://corporateeurope.org/en/a-grey-deal>
- 108 <https://www.fossilfreepolitics.org/>
- 109 Für ein Werbeverbot für fossile Brennstoffe setzt sich eine EU-weite Bürgerinitiative ein, die bereits über 300.000 Mal unterzeichnet wurde: <https://banfossilfuelads.org/>
- 110 Vgl. zum Energiecharta-Vertrag und den damit verbundenen Problemen <https://denikreferendum.cz/clanek/32130-energeticka-charta-ochranky-ne-fosilniho-prumyslu-ktera-nici-klima-i-demokracii>
- 111 Vgl. die Vorschläge des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den Öffentlichen Dienst (EPSU) in der bereits genannten Studie: https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Going%20Public_EPSU-PSIRU%20Report%202019%20-%20EN.pdf
- 112 Vgl. zu diesen Maßnahmen das Factsheet von AMO: <https://www.amo.cz/cs/klimatym/factsheet-klimaticka-dividenda-co-to-je-a-jak-by-mohla-fungovat-v-cesku/>
- 113 Siehe z. B. die Vorschläge der Union für Gemeinschaftsenergie (Unie komunitní energetiky) unter www.uken.cz.
- 114 Konkrete Vorschläge in diese Richtung finden sich in unserem Report „Wege zum Recht auf Energie: Sauber, zugänglich, für alle“ unter <https://re-set.cz/download/Publikace/Cesty-k-pravu-na-energii.pdf>
- 115 Siehe z. B. die vom Transnational Institute herausgegebene Publikation mit erfolgreichen Beispielen für Rekommunalisierungen „The future is public“ unter <https://www.tni.org/en/futureispublic> sowie den Bericht „The case for public ownership of the fossil fuel industry“ von Next system project: <https://thenextsystem.org/learn/stories/case-public-ownership-fossil-fuel-industry>
- 116 Siehe z. B. den Report „The future we want“ über die Transformation von Shell unter <https://future-beyondshell.org/the-future-we-want/>

